



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

GESCHICHTSPOLITIK UND GESCHICHTSBILD

- | | | |
|--|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Geschichtspolitik in Russland | | 2 |
| Von Alexei Miller, Moskau | | |
| ■ KOMMENTAR | | |
| Bewältigung der totalitären Vergangenheit: | | |
| die Erfahrung des Auslands und die Probleme Russlands | | 5 |
| Von Galina Michaleva, Moskau | | |
| ■ GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Meinungen der russischen Bevölkerung zu historischer Wahrheit und Geschichtslehrbuch | | 8 |
| ■ ANALYSE | | |
| Die russische Identität und der Siegesmythos | | 10 |
| Von Ivo Mijnsen, Basel | | |
| ■ GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Russische Einstellungen zum Zweiten Weltkrieg und zu Stalin | | 13 |
| ■ ANALYSE | | |
| Der Fall der Berliner Mauer und die Folgen aus russischer Sicht | | 19 |
| Von Reinhard Krumm, Moskau | | |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | | |
| Russische Meinungen zur Außenpolitik und zu Deutschland | | 22 |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 27. Januar bis zum 12. Februar 2010 | | 26 |

*Die Russland-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Geschichtspolitik in Russland

Von Alexei Miller, Moskau

Zusammenfassung

Aktive Einmischung von Seiten des Staates in die Erinnerungspolitik und die professionelle Geschichtswissenschaft begann in Russland spätestens im Jahr 2006. Heute sind in Russland alle Elemente einer Geschichtspolitik vorhanden: erstens der Versuch, in den Schulen ein einziges Geschichtslehrbuch einzuführen, das vom politischen Zentrum aus redigiert wird; zweitens werden besondere politisch aktive Strukturen geschaffen, die die Organisation der Geschichtsforschung und die Kontrolle über Archive und Verlage vereinen; drittens gibt es den Versuch, die Interpretation von Geschichte gesetzlich zu regeln; viertens gibt es die für die Geschichtspolitik typischen Versuche, alle oben erwähnten Praktiken zu legitimieren und ideologisch abzusichern.

Der Ursprung der Geschichtspolitik im postkommunistischen Raum

2004 erklärte eine Gruppe polnischer Historiker, dass Polen eine eigene Version der Geschichtspolitik entwickeln und durchführen müsse. Sie verhehlten nicht, dass sie den Begriff (*polityka historyczna*) vom deutschen »Geschichtspolitik« übernommen hatten. Auf diese Weise erhielt die plötzliche politische Einmischung in die Erinnerungspolitik und in Geschichtsforschung im eigentlichen Sinn in den postkommunistischen Ländern einen »Namen«. Wie es gewöhnlicherweise mit relativ neuen Phänomenen der Fall ist, ist die Geschichtspolitik nicht leicht zu »erfassen« und genau zu beschreiben, um so mehr, da ihre Mechanismen und Ziele in der Regel bewusst verschleiert werden.

Das Phänomen der Geschichtspolitik manifestiert sich besonders stark in postkommunistischen Gesellschaften, dies kann aber nur teilweise durch ein erhöhtes gesellschaftliches Interesse an der Geschichte und an ihren »weißen Flecken« erklärt werden, die ein Erbe der kommunistischen Zensur sind. Der Kern des Problems ist, dass wir es mit *post*kommunistischen Gesellschaften zu tun haben, das heißt, mit Gesellschaften, die von einer strengen autoritären ideologischen Kontrolle befreit worden sind. Über Geschichtspolitik im engen Sinn des Worts darf nur in Bezug auf demokratische oder zumindest mehr oder weniger pluralistische Gesellschaften gesprochen werden, die erklärtermaßen demokratische Werte, darunter auch die Freiheit des Wortes, anerkennen. Gerade unter solchen Bedingungen entsteht Politik als Wettbewerb verschiedener politischer Akteure, Parteien und Meinungen. In autoritären Regimen sowjetischen Typs wurde die Einmischung der Regierung in Geschichtsstudium und Erinnerungspolitik mit der offiziellen Annahme eines ideologischen Monopols, den Mechanismen der Zensur und der adminis-

trativen Kontrolle der professionellen Geschichtswissenschaft begründet.

In einer Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, demokratisch zu sein, ändern sich alle diese Mechanismen. Im Unterschied zum vorherigen kommunistischen System des Einparteienstaates ist die Gruppe oder Partei, die die Macht zu einem gegebenen Zeitpunkt innehat, nicht mehr identisch mit dem Staat. Die Öffentlichkeit wird pluralistisch, die Regierung kann keinen Anspruch auf die Kontrolle dieser Öffentlichkeit erheben, erst recht nicht auf eine repressive Kontrolle. Die Schule wird pluralistisch, in der der Geschichtslehrer, unter Einhaltung eines Bildungsstandards, die Freiheit haben muss, das Lehrbuch auszuwählen und Ereignisse und Prozesse zu deuten. Der Historiker muss bei seiner Forschung garantierte Unabhängigkeit und intellektuelle Freiheit haben. Der Zugang zu den Archiven muss für alle gleich sein und durch das Gesetz geregelt sein, nicht durch Verwaltungsbeschlüsse. Die staatliche Finanzierung der Schulen und der Forschung bedeutet nicht, dass die Gruppe oder Partei, die gerade an der Macht ist, das Recht hat, den Inhalt von Lehre und Forschung zu diktieren, da sie nicht mit dem Geld dieser Partei finanziert werden, sondern aus dem Haushalt des Landes, dessen Quelle die Steuergelder der Bürger sind. Die politische Kraft, die an der Macht ist, hat keinen Anspruch auf ein ideologisches Monopol.

Gerade unter diesen neuen Bedingungen – die bis zu diesem oder jenem Grad eingehalten werden – entstehen Verfahren, mit denen einzelne politische Kräfte versuchen, bestimmte Interpretationen historischer Ereignisse als maßgeblich durchzusetzen. In anderen Worten, versuchen die politischen Kräfte, die an der Macht sind, unter Ausnutzung der administrativen und finanziellen Ressourcen des Staates, das historische Bewusstsein und das kollektive Gedächtnis der Gesellschaft ideologisch zu indoktrinieren. (Es geht hier um diejenigen

historischen Ereignisse und Prozesse, über die es in der Gesellschaft keinen Konsens gibt und die ein Gegenstand für Diskussionen sind.)

Um das Phänomen der Geschichtspolitik zu verstehen, ist nicht nur die Frage wichtig, was genau propagiert wird. Wichtiger ist, wie dies geschieht und welche Methoden bei dieser Propagandaarbeit benutzt werden. Die heutige Geschichtspolitik kann nicht in vollem Umfang zu den vorherigen sowjetischen Methoden zurückkehren und dem Volk eine einzige wahre Ansicht aufzwingen, selbst wenn man annimmt, dass die Urheber dieser Politik dies in einigen Fällen wünschen. Sie sind gezwungen, neue Mittel der Einmischung in die Geschichte und Erinnerungspolitik zu erfinden, sowie neue Strategien zur Legitimation dieser Einmischung.

Neue Mechanismen

Was sind das für neue Mechanismen? Auf der institutionellen Ebene sind es z. B. die Institute für Nationales Gedenken in Polen und der Ukraine und Einrichtungen, die ihnen in Bezug auf Funktion und organisatorische Prinzipien ähnlich sind und die es in vielen anderen Ländern gibt.

Ein weiteres Beispiel für die institutionelle Dimension der Geschichtspolitik sind Museen, die unter der direkten Schirmherrschaft bestimmter politischer Kräfte entstehen, wobei die Positionen politischer Gegner völlig ignoriert werden.

Geschichtspolitik wird auch bei der Formulierung von Gesetzen betrieben, wenn Parlamente Gesetze annehmen, die diese oder jene Auslegung von historischen Ereignissen als die einzig wahre festschreiben. Manchmal ist in Gesetzesentwürfen oder sogar in den verabschiedeten Gesetzen die strafrechtliche Verfolgung von Personen vorgesehen, die diese Auslegung anfechten. Dies kommt nicht nur in Ost-, sondern auch in Westeuropa vor.

Vier Postulate

Die ideologische Begründung der Geschichtspolitik besteht aus vier Postulaten: Erstens werden Geschichte und Gedenken als Arena für den politischen Kampf gegen innere und äußere Gegner gesehen. Daraus leitet sich ab, dass »Geschichte zu wichtig ist, um sie den Historikern zu überlassen«. Dies bedeutet unter anderem, dass Historiker professionelle Ethik nicht mehr als bindende Norm ansehen und impliziert, dass Historiker als gemeine Soldaten an der ideologischen Front unter die Aufsicht von »erfahreneren« und »patriotischeren« Personen zu stellen sind.

Zweitens wird behauptet, dass es »alle so machen«, wodurch in den Augen der Öffentlichkeit gerechtfertigt

wird, dass das Funktionieren der Gesellschaftswissenschaften, wie es in einer Demokratie akzeptiert ist, offensichtlich gestört ist. Dies kommt darin zum Ausdruck, dass die freie Meinungsäußerung offen beschnitten wird, dass nicht genehme Ansichten in den Randbereich der Medien verdrängt werden und dass die Finanzierungsregeln geändert werden; so wird z. B. die Vergabe von Forschungsstipendien, die durch die wissenschaftliche Community kontrolliert wird, durch die Finanzierung von Projekten ersetzt, die direkt von der Politik bestellt werden.

Drittens herrscht offenbar die Ansicht, dass der äußere Gegner unablässig versucht, eine Interpretation der Ereignisse der Vergangenheit durchzusetzen, die unserem Vaterland schadet. Daher ist es die Pflicht des Historikers, der Gefahr solidarisch Widerstand zu leisten, in der Regel durch die Formulierung von Gegenargumenten: Wir antworten jedes Mal mit »nein«, wenn sie »ja« sagen und umgekehrt. Die Folge ist, dass der Raum für Dialog im Land zerstört wird, da alle auf die erklärten Postulate schwören müssen.

Bei den Beziehungen zur Außenwelt sieht es ähnlich aus: Die Anhänger der Geschichtspolitik auf beiden Seiten der Grenze liefern sich hitzige Gefechte. Da weder die eine, noch die andere Gruppe versucht, den Gegner zu überzeugen oder zu verstehen, verschärfen solche »Diskussionen« nur den Konflikt.

Viertens dient der angeblich beklagenswerte Zustand des Patriotismus und des Geschichtsunterrichts in der Schule dazu, die Geschichtspolitik zu rechtfertigen. Dies ist die Begründung für den Vorschlag, den Pluralismus (für eine gewisse Zeit) in den Lehrbüchern und Konzepten zu opfern – damit »die Kinder wenigstens das Wichtigste wissen«.

Tatsächlich werden gesellschaftliche Interessen nur vorgeschoben, die wirklichen Ziele der Geschichtspolitik sind politisch und parteiisch.

Wie es in Russland funktioniert

In Russland begann die politische Einmischung in die Geschichte etwas später als bei vielen Nachbarn und geschah teils als Reaktion auf die Geschichtspolitik in anderen Ländern. Allerdings gab es die ersten wirklichen Anzeichen einer beginnenden Geschichtspolitik in Russland schon vor einigen Jahren. Allem Anschein nach wurde das Team, das am sogenannten Lehrbuch von Filippow – tatsächlich handelt es sich um eine ganze Serie von Lehrbüchern und Lehrmitteln zur Geschichte des 20. Jahrhunderts – arbeitete, bereits im Jahr 2006 zusammengestellt und erhielt damals auch schon seinen Auftrag.

Das Werk Filippows und seiner Koautoren erzieht zum Patriotismus, der nicht einmal als Ergebnis zum Staat, sondern zur Staatsmacht verstanden wird. Die Sünden der Letzteren werden bevorzugt mit der schwierigen internationalen Lage und der Notwendigkeit einer Mobilisierung erklärt. Im Wesentlichen ist es der in die Vergangenheit gerichtete Diskurs der heutigen regierenden Elite, der dem sowjetischen poststalinistischen Narrativ erstaunlich ähnelt, minus der kommunistischen Rhetorik. Das letzte Kapitel des Handbuchs für Lehrer unter der Redaktion Filippows heißt »Souveräne Demokratie« (im Buch ohne Anführungsstriche). Dieses Konzept wird nicht als Element der Ideologie einer der russischen politischen Parteien präsentiert, was es ja in Wirklichkeit ist. Die »Souveräne Demokratie« wird zur objektiven Beschreibung des heutigen politischen Regimes in Russland benutzt, das, wie es das Handbuch erklärt, die erfolgreiche Entwicklung des Landes in den letzten zehn Jahren gesichert hat. Dies wird ebenso im Lehrbuch von Danilow dargestellt.

Die Frage, ob die Interpretation von Ereignissen in diesem Lehrbuch überzeugend ist, ist für unser Thema nicht wesentlich. Wenn es eine breite Auswahl von Lehrbüchern gibt, hat auch ein solches Buch ein Existenzrecht. Wenn der Ausgangspunkt für Filippow und Danilow die Abkehr vom Konzept des Totalitarismus ist, benutzen doch mehrere andere Lehrbücher diese Konzeption.

Das Lehrbuch von Danilow ist in einer Auflage von 250.000 erschienen. Zum Vergleich: Andere Lehrbücher erscheinen heute in einer Auflage von 10.000, höchstens 15.000, manche auch nur in einer Auflage von 5.000 Exemplaren. Eine Auflage von 250.000 ist eine politische Entscheidung, kein Verlag würde so viele Bücher auf eigenes Risiko drucken, wenn er sich von rein wirtschaftlichen Überlegungen leiten ließe. Der Verlag »Prosweschtschenie« [»Aufklärung«] muss für eine solche Bestellung einen Vorschuss und die Versicherung, dass die Nachfrage für das Lehrbuch garantiert ist, erhalten haben. Die Tatsache, dass Mittel für einen Vorschuss zur Verfügung gestellt und dass administrative Hebel genutzt wurden, um das Lehrbuch erfolgreich als das »Richtige« durchzusetzen – das ist Geschichtspolitik in Reinkultur.

Auch in Russland gibt es Versuche, Fragen der Geschichte durch Gesetze zu regulieren, eine für die Geschichtspolitik typische Praxis. Der Minister für Zivilschutz, Sergej Schojgu, nebenberuflich einer der Vorsitzenden der Partei »Einiges Russland«, äußerte sich im Winter 2009 als erster zur Notwendigkeit eines Gesetzes, das »falsche« Aussagen zur Geschichte des

Zweiten Weltkriegs und zur Rolle der UdSSR in diesem Krieg mit Strafverfolgung bedroht. Zum jetzigen Zeitpunkt sind in der Duma bereits zwei Gesetzesentwürfe eingebracht worden, die diese Ideen weiterführen.

Ein weiteres Beispiel für die russische Variante der Geschichtspolitik ist der Ukas von Präsident Medwedew vom Mai 2009 über die Schaffung einer Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands beim Präsidenten der Russischen Föderation. Diese Kommission ist ein Instrument der Geschichtspolitik, obwohl sie sich in Hinblick auf Funktion und Struktur eindeutig von z. B. dem polnischen Institut für Nationales Gedenken unterscheidet. Hierfür gibt es einige Gründe. Erstens sind, im Unterschied zu Polen, die heutigen russischen Geheimdienste direkte Nachfolger der Geheimdienste der sowjetischen Ära. Eine Folge ist, dass die Geheimdienste in Russland weiterhin die Kontrolle über die Archive des KGB innehaben. Die Zusammensetzung der russischen Kommission, unter deren Mitgliedern einige Vertreter der Geheimdienste sind, zeigt deutlich, dass der heutige *Status quo* hinsichtlich des Zugangs zu den Archiven der Geheimdienste bewahrt werden soll: Das Gesetz der Russischen Föderation zur Freigabe von Dokumenten nach Ablauf einer dreißigjährigen Frist wird einfach nicht eingehalten. Gemäß diesem Gesetz müssen alle Dokumente nach Ablauf dieser Frist freigegeben werden, so dass Wissenschaftler freien Zugang zu ihnen haben. Nur in Sonderfällen darf die Geheimhaltungsstufe für einzelne Dokumente beibehalten werden. Die tatsächliche Praxis in Russland ist aber, dass jedes Dokument durch besondere amtliche Kommissionen einzeln freigegeben wird. Dies wird auch in Zukunft so bleiben und nur ausgewählten Wissenschaftlern, die »auf Bestellung« arbeiten, wird der Zugang zu den Dokumenten gewährt werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die behördlichen Archivare zu entsprechenden Themen für diese privilegierten Benutzer eine Auswahl von Dokumenten oder sogar von Exzerpten aus diesen Dokumenten zusammenstellen werden.

Zweitens ist bei der russischen Variante der Geschichtspolitik offenbar die Entscheidung getroffen worden, dass sowohl Forschung wie auch verlegerische Tätigkeit dezentral auf einige Institutionen und Zentren verteilt wird. In beiden Fällen wurde weniger auf akademischen Ruf als auf politotechnologische Fähigkeiten gesetzt.

Schluss

Es können somit alle wesentlichen Elemente der Geschichtspolitik ohne Weiteres in der russischen Pra-

xis der letzten Jahre ausgemacht werden. Erstens gibt es den eindeutigen Versuch, in den Schulen ein einheitliches Lehrbuch einzuführen, das vom politischen Zentrum redigiert wird. Zweitens werden besondere politisch aktive Institutionen geschaffen, die die Koordination der historischen Forschung mit der Kontrolle über Archive und verlegerische Tätigkeit kombinieren. Drittens kann der Versuch beobachtet werden, Interpretationen von historischen Ereignissen gesetzlich zu definieren. Zu guter Letzt gibt es die für die Geschichtspolitik typischen Versuche, alle oben erwähnten Praktiken zu legitimieren und ideologisch zu rechtfertigen. Wie in den meisten Nachbarländern sind die schärfsten Auswirkungen der Geschichtspolitik für den »einheimischen Verbrauch« reserviert. Wenn die Geschichtspolitik der Nachbarn in Russland – völlig zu Recht – Verachtung

Über den Autor:

Alexei I. Miller ist Doktor der Geschichtswissenschaften und leitender Wissenschaftler am Institut für Wissenschaftliche Information in den Sozialwissenschaften (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften und Professor an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (Moskau) und an der Central European University (Budapest).

Der vorliegende Aufsatz ist eine gekürzte Fassung des Artikels »Rossija: vlast i istorija« [Russland: Macht und Geschichte] von Aleksei Miller. Der Artikel wurde ursprünglich in *Pro et Contra* veröffentlicht (Band 13, 2009, Nr. 3–4, Mai–August). © 2009, Carnegie Endowment for International Peace. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Carnegie Moscow Center.

<http://www.carnegie.ru/en/pubs/procontra/>

und Empörung auslöst, können doch die Inspiratoren und Organisatoren unserer eigenen Geschichtspolitik nicht im Ernst hoffen, dass das Ausland anders auf die Früchte ihrer Arbeit reagieren wird!

Indem es, dem Beispiel der Nachbarn folgend, den Pfad der Geschichtspolitik eingeschlagen hat, fördert Russland nur die Verhärtung der Atmosphäre des »Dialogs der Tauben«, die mehr und mehr die Diskussion von Fragen der jüngsten Vergangenheit charakterisiert.

Die zerstörerischen Folgen der Geschichtspolitik innerhalb Russlands sind möglicherweise ernster als in anderen Ländern, da das Potenzial der Gesellschaft und der Historikerzunft, sich gegen die Geschichtspolitik zu Wehr zu setzen desto geringer ist, je schwächer Pluralismus und Demokratie sind.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Kommentar

Bewältigung der totalitären Vergangenheit: die Erfahrung des Auslands und die Probleme Russlands

Von Galina Michaleva, Moskau

In der letzten Zeit nimmt die Diskussion über die Bewertung der sowjetischen Vergangenheit Russlands in der Öffentlichkeit immer mehr Raum ein. Dafür gibt es viele Gründe: zu nennen sind u. a. der Schock, der durch Ergebnisse des Fernsehprojekts »Name Russlands« verursacht wurde [Stalin kam bei der Abstimmung für den Titel der größten Persönlichkeit Russlands auf den dritten Platz], die durch das Lehrbuch »Neueste Geschichte Russlands 1945–2006« von Alexander Filippow angeregte Diskussion des Themas »Stalin als effektiver Manager« und die vielen pseudohistorischen Filme, die das russische Fernsehen überschwemmen. Das letzte Ereignis dieser Reihe war die Einrichtung einer »Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung zum Nachteil der Interessen Russlands«, deren Zusammensetzung und Aufgaben bei vielen Historikern, Bürgerrechtlern und Poli-

tikern Befremden ausgelöst hatten. Nach den Worten des Staatsoberhauptes wird die Kommission aufgefordert, die Fälschung historischer Ereignisse zu bekämpfen, »die das internationale Ansehen des Landes herabsetzen«, und Vorschläge und Empfehlungen »zu angemessenen Reaktionen« auf Versuche der Fälschung historischer Fakten und zur »Neutralisierung von möglichen negativen Konsequenzen« vorzubereiten. In Anbetracht der Zusammensetzung der Kommission – mit dem Leiter der Präsidialverwaltung an der Spitze, Vertretern der *silowiki*, sowie mit Politikern, die durch ihre nationalistischen Ansichten und Großmachtsdenken bekannt sind –, kann man nur vermuten, von welchem Standpunkt aus »Fälschungen« aufgedeckt und wie »angemessene Reaktionen« aussehen werden. Wieso soll eine Gruppe von Menschen, in der es praktisch keine professionellen Historiker

gibt, die Verantwortung übernehmen, »richtige oder falsche« Urteile über dieses oder jenes historische Ereignis zu fällen, noch dazu im Namen des Staates? Da es kein Monopol auf die historische Wahrheit gibt, ist das nicht nur absurd, sondern auch gefährlich, weil es unvermeidlich bei unseren Nachbarn eine weitere Runde begründeter Sorge und Aufregung hervorrufen wird.

Die Erfahrung des Auslands bei der Bewältigung der totalitären Vergangenheit

In den meisten posttotalitären Ländern war die Erfahrung des Umdenkens totalitärer Vergangenheit unverzichtbar, um die demokratischen Institutionen und die demokratische Kultur zu stärken. Die Wahrheits- und Versöhnungskommissionen in den Ländern Lateinamerikas, in Südafrika und Marokko zeichnen ein klares Bild der Menschenrechtsverletzungen und der Unterdrückung durch die Sicherheitsorgane in den Zeiten der Diktatur.

Außerdem dient die deutsche Erfahrung bei der Entnazifizierung und der »Vergangenheitsbewältigung« als Beispiel für Europa, auch für die postsozialistischen Länder. Der deutsche Historiker Helmut König definiert die Vergangenheitsbewältigung als »... die Gesamtheit jener Handlungen und jenes Wissens [...], mit der sich die jeweiligen neuen demokratischen Systeme zu ihren nichtdemokratischen Vorgängerstaaten verhalten. Es geht dabei vor allem um die Frage, wie die neu etablierten Demokratien mit den strukturellen, personellen und mentalen Hinterlassenschaften ihrer Vorgängerstaaten umgehen und wie sie in ihrer Selbstdefinition und in ihrer politischen Kultur zu ihrer jeweiligen belastenden Geschichte stehen.«

Auf Grund der heutigen Erfahrung kann man einige typische Reaktionen aufzählen, die das Verhalten des Staates zur totalitären Vergangenheit kennzeichnet:

1. Ignorieren und Totschweigen: Spanien nach der Diktatur Francos und Russland nach 1991;
2. Politische Säuberungen mit Anwendung von Gewalt gegen Kollaborateure: Frankreich und Jugoslawien nach dem zweiten Weltkrieg;
3. Vergangenheitsbewältigung mit juristischen Methoden einschließlich politischer Säuberungen: die Entnazifizierung Deutschlands und Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg und die Lustration in Tschechien nach 1989;
4. Amnestierung und Begnadigung von Personen, die für Verbrechen des vorherigen Regimes verantwortlich sind: Deutschland in den 1950er Jahren;
5. Garantie eines Kompromisses zwischen gerichtlichen Verfolgungen und politischen Sanktionen: Südafrika nach dem Fall des Apartheid-Regimes;

6. Entschädigungen für Opfer von Repressionen, u. a. derjenigen, die in anderen Ländern leben: Deutschland und Österreich nach 1945.

Es gibt also verschiedene Methoden, mit der Vergangenheit umzugehen, und diese können über die Zeit auch wechseln.

Die historische Erinnerung und der Kommunismus

In den Ländern Osteuropas und Südosteuropas, die von der letzten Welle demokratischer Transformationen erfasst wurden, ist die endgültige Entscheidung in Bezug auf die Vergangenheit noch nicht getroffen und die Herangehensweisen ändern sich ständig. Die Frage wird dadurch erschwert, dass nationale Geschichte in dieser Region von Regierungen oft als politisches Instrument benutzt wird, um sich selbst zu legitimieren und unfreundliche oder offen feindliche Handlungen gegenüber anderen Ländern und Völkern zu rechtfertigen. Unabhängig davon, ob die Vergangenheit positiv oder negativ bewertet wird, prägt ihre Bewertung die kollektive Identität und die mit ihr einhergehende politische Loyalität. Deswegen dient die Erinnerung in der postkommunistischen Welt immer als Feld für politische Auseinandersetzungen. Dieser Raum hat im Laufe des letzten Jahrhunderts eine Reihe von Kriegen und Diktaturen erlebt. Die Völker, die den Kommunismus durchlebt haben, haben die nationale Unabhängigkeit verloren und wieder gewonnen; dabei sind jedes Mal neue »Beleidigte und Erniedrigte« entstanden. Jedes dieser Völker hat seine eigene historische Erinnerung, die nicht mit derjenigen der historischen Nachbarn übereinstimmt und sie sogar manchmal ablehnt. Im Ergebnis lief die Bewertung der historischen Vergangenheit in fast allen Ländern des »ehemaligen Ostblocks« darauf hinaus, dass das eigene Leid ausschließlich als Ergebnis eines fremden bösen Willens gesehen wurde. Bei dieser Herangehensweise erscheinen der Kommunismus und der ihn begleitende Terror als politisches Instrument der nationalen Unterdrückung. Die Tatsache, dass die kommunistischen Regime allgemein von der Mehrheit der »eigenen« Gesellschaft unterstützt wurde, wird gerne verschwiegen oder vergessen, daher sind die geschichtlich-rechtlichen Bewertungen äußerst einseitig, was ausdrucksvoll die Benutzung des Begriffs »Völkermord« im politischen Lexikon einiger postkommunistischer Länder bezeugt, um die jüngste Vergangenheit zu beschreiben.

Der Fall Russland

Unser Land hat einen besonders schwierigen Weg durchgemacht. Den Sieg im Großen Vaterländischen Krieg kann man nicht getrennt von den vorherigen oder gleich-

zeitigen Ereignissen betrachten: Massenrepressionen, Hitler-Stalin-Pakt und Deportation von ganzen Völkern. Anstelle einer Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts, in all seiner Vollständigkeit und Tragik, lebt allerdings im heutigen Russland wieder der sowjetische Großmächts- und Patriotismusmythos auf, der die vaterländische Geschichte als eine Reihe von ruhmreichen, heroischen Großtaten darstellt. In diesem Mythos gibt es Platz weder für Schuld noch für Verantwortung, seine Urheber und Träger erkennen die Tatsache der Tragödie nicht an. Viele russische Bürger sind weder in der Lage, mehr oder weniger objektiv den Grad der Verantwortung der Sowjetunion gegenüber unseren heutigen Nachbarn einzuschätzen, noch das Ausmaß der Katastrophe, die Russland selbst heimgesucht hat. Die Weigerung, sich intensiv mit der Erinnerung auseinanderzusetzen und diese durch ein holzschnittartiges Bild der Geschichte zu ersetzen stellt für Russland keine geringere Gefahr dar, als das Kultivieren von nationalen Kränkungen für seine Nachbarn. Im Ergebnis wird die Geschichte zum Instrument, um aktuelle politische Ziele zu erreichen, zur Waffe in den Händen derjenigen, denen die nationale Erinnerung der anderen Völker wie auch die Tragödien, die die eigenen Völker erlebt haben und die Vergangenheit überhaupt gleichgültig sind.

Im gesellschaftlichen Diskurs Russlands kristallisieren sich einige klare Standpunkte in Bezug auf die Geschichte heraus, die von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräften repräsentiert werden:

- Der Standpunkt einer maximalen Offenheit und Diskussion, den Memorial und einige andere bürgerrechtliche Organisationen vertreten, ein Teil der akademischen Gemeinschaft und der Öffentlichkeit, die sich für eine Diskussion über die brennendsten historischen Themen ohne staatliches Diktat einsetzen, auch im Rahmen eines internationalen Dialogs (die führende Kraft dieser Richtung ist die Gesellschaft »Memorial«);
- ein relativistischer Standpunkt, demzufolge die Ereignisse der Vergangenheit nach Belieben interpretiert werden können; die Geschichte erscheint als Rohstoff für alle möglichen Fälschungen; deswegen »können Sie nicht auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts antworten, wenn Sie Ihre Kraft für die Diskussion der Fragen des 20. Jahrhunderts verbrauchen« (dies ist der Standpunkt des bekannten Journalisten L. Radzichovskij);
- der instrumental-schützende Standpunkt, der besonders deutlich vom dem Leiter der Administration des Präsidenten der Russischen Föderation Sergej Naryschkin vertreten wird, der erklärte, dass die von ihm geleitete »Kommission für die Bekämpfung von Versuchen der Geschichtsfälschung« »zum organisatorischen Anfang der Verteidigung unserer eigenen Geschichte vor gewissenlosen Versuchen, sie zu fälschen« wird.

Die erste und bis jetzt die einzige Partei, die die Frage beantwortet hat, wie das Verhältnis zu der totalitären sowjetischen Vergangenheit im neuen Russland zu gestalten ist, ist die Vereinigte Demokratische Partei Russlands »Jabloko«. Das Politische Komitee der Partei hat am 28. Februar 2009 den wichtigen Beschluss »Die Bewältigung des Stalinismus und Bolschewismus als eine Bedingung für die Modernisierung Russlands im 21. Jahrhundert« gefasst, an dessen Formulierung Experten und Bürgerrechtler mitgewirkt haben. Bei der Diskussion und Ausarbeitung des Beschlusses hat sich das Politische Komitee auf die Erfahrung der Bewältigung der totalitären Vergangenheit verschiedener Länder gestützt. Das Dokument hat eine aktive Diskussion in den Massenmedien ausgelöst und hat sowohl leidenschaftliche Anhänger als auch heftige Gegner. Im Ganzen hat sich aber die Art, in Russland mit der Vergangenheit umzugehen, nicht geändert, seitdem es angenommen worden ist.

Übersetzung aus dem Russischen: Irina Neumann

Über die Autorin:

Galina Michajlovna Michaleva ist Direktorin des Zentrums zur Erforschung der Zeitgenössischen Politik und Dozentin an der Russischen Staatlichen Universität für Geisteswissenschaften (Moskau).

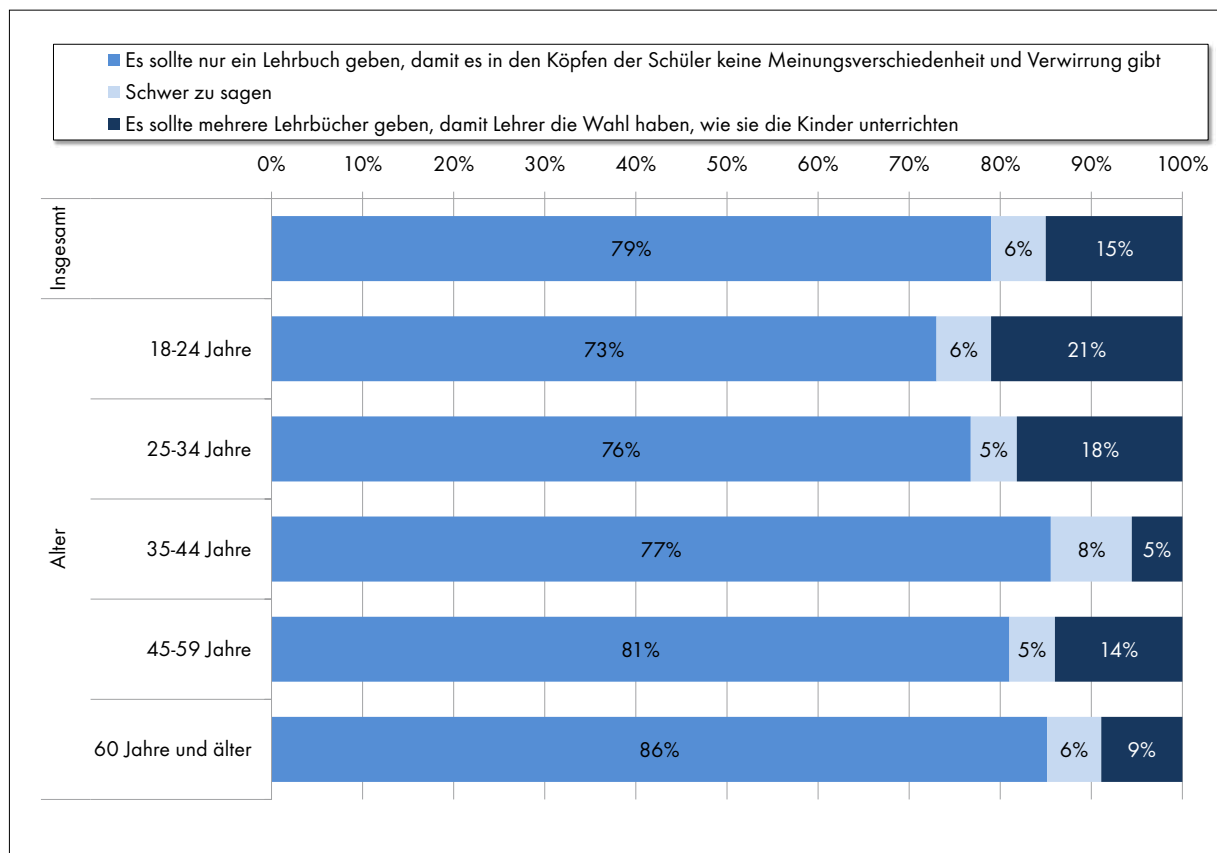
Lesetipps:

- Die sowjetische Organisation zur Aufklärung des Stalinismus, Memorial, in: Vorgänge, Heft 194, April 1990.
- Memorial – eine Gesellschaft zur Aufklärung von Verbrechen und Repressionen, in: Osteuropa 1989.
- Memorial. Geschichtsbilder. Das 20. Jahrhundert und der »Krieg der Erinnerungen«. Ein Aufruf. Osteuropa, Jg. 58, Heft 6, 2008. S. 77–84.
- Zur neuen Kommission beim Präsidenten. Erklärung der Gesellschaft MEMORIAL. Osteuropa, Jg. 59, Heft 7/8, Juli–August 2009. S. 277–278.
- Roginskij A. Fragmentierte Erinnerung. Stalin und der Stalinismus im heutigen Russland. Osteuropa, Jg. 59, Heft 1, Januar 2009. S. 37–44.

Grafiken zum Text

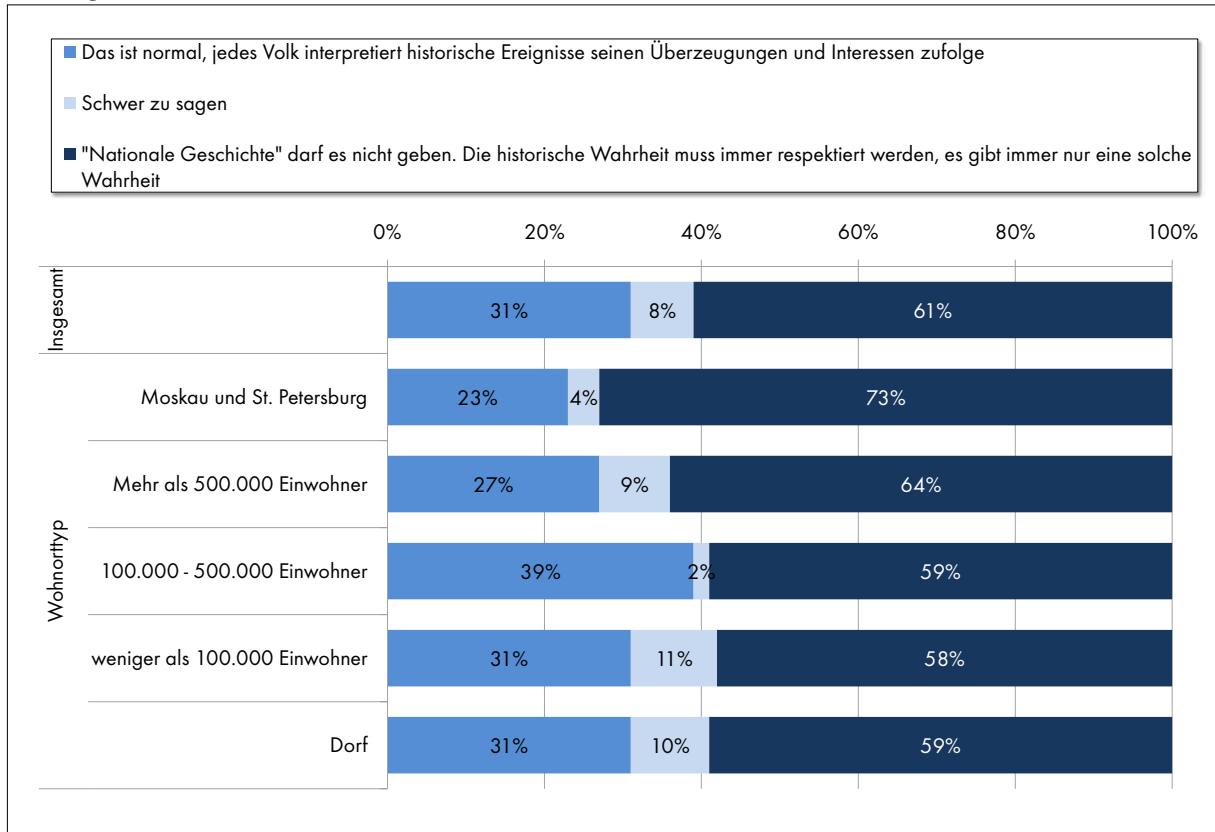
Meinungen der russischen Bevölkerung zu historischer Wahrheit und Geschichtslehrbuch

Was meinen Sie – sollte es nur ein Geschichtsbuch geben, das vom Bildungsministerium für Schulen zugelassen ist, oder kann es mehrere geben?



Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch WZIAM vom 3.–4.10.2009, <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12631.html>

Ein und dieselben historischen Ereignisse sehen in der Erinnerung verschiedener Völker oft unterschiedlich aus. Z. B. sehen sowohl Franzosen als auch Russen die Schlacht von Borodino als Sieg an. Was meinen Sie dazu?



Quelle: repräsentative Umfrage unter der russischen Bevölkerung durch WZIAM vom 3.–4.10.2009,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12631.html>

Analyse

Die russische Identität und der Siegesmythos

Von Ivo Mijnsen, Basel

Zusammenfassung

Der Sieg der Sowjetunion über das nationalsozialistische Deutschland im »Großen Vaterländischen Krieg« ist ein zentraler Baustein der nationalen Identität Russlands. Die russische Regierung sieht die Verbreitung einer unkritischen, »korrekten« Interpretation dieses Sieges als eine wichtige Aufgabe. Um damit auch die russische Jugend zu erreichen, bedient sie sich der Unterstützung durch »patriotische« Jugendorganisationen wie *Naschi*. Während der Mythos zur Konsolidierung der russischen nationalen Identität beiträgt, provoziert er im post-sowjetischen Raum starken Widerstand.

Naschi und die russische Geschichte

Für einen großen Teil der russischen Bevölkerung ist der sowjetische Sieg über das nationalsozialistische Deutschland im »Großen Vaterländischen Krieg« ein Grundpfeiler ihrer Identität. Spätestens seit der Welle von »farbigen« Revolutionen auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR hat die russische Regierung ihre Anstrengungen verstärkt, die »korrekte« Interpretation dieses Sieges zu verteidigen und zu verbreiten. Davon abweichende Deutungen werden im offiziellen Diskurs je länger je mehr als anti-russische und möglicherweise gar »faschistische« »Geschichtsfälschungen« dargestellt.

Um die Reichweite ihres Kampfes gegen »Geschichtsfälschung« zu vergrößern, bedient sich die Regierung verschiedener Akteure innerhalb der kremltreuen »Zivilgesellschaft«, welche die offizielle Geschichtsversion propagieren – gerade unter der jungen Generation. Eine der prominentesten Organisationen dieses Sektors ist die »Demokratische Antifaschistische Jugendorganisation *Naschi*«.

Eine neue Elite

Das Ziel der im Februar 2005 mit Unterstützung von Wladislaw Surkow gegründeten *Naschi* (»die Unsrigen«) ist es, zum Kern einer neuen, »patriotischen« Elite zu werden, die Russland zu seinem Großmachtstatus zurückführt. Die Organisation verspricht ihren Aktivisten eine aktive Rolle im Aufbau dieses einflussreichen und wirtschaftlich potenten Landes.

2007 verfügte die Organisation laut eigenen Angaben über 120.000 Unterstützer und 20.000 aktive Mitglieder, so genannte »Kommissare«. Obschon die Organisation anfangs 2008 stark verkleinert wurde, bleibt sie präsent. 2009 führte sie wiederum ihr Sommerlager am Seligersee durch und zog 40.000 Jugendliche an. Wie bereits in vergangenen Jahren besuchte Ministerpräsident Putin das Lager. Die Zahl der »Kommissare« gibt die Organisation heute mit etwa 2.000 an.

Naschi kombiniert Modernisierungsrhetorik und historische Symbole: So verwendet sie für ihre Website statt »ru« die Endung »su« (Sowjetunion) und marschiert unter einem an die Andreas-Flagge – dem Symbol der russischen Flotte seit Peter dem Großen – erinnernden Banner. Auf ihrer Website schreibt *Naschi* dazu: »Rot ist die Farbe unserer heldenhaften Vergangenheit, während das weiße Kreuz auf eine Zukunft in Freiheit verweist«. Für die Organisation ist die Vergangenheit die Grundlage zukünftiger Größe, und der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg« der stolzeste Moment der russischen Geschichte.

Die Verteidigung Russlands

Zum ersten Mal wurde eine breitere Öffentlichkeit auf *Naschi* aufmerksam, als sie am 15. Mai 2005, kurz nach dem Tag des Sieges, 60.000 Jugendliche in der Moskauer Innenstadt versammelte. Diese trafen sich mit Veteranen, welche ihnen Patronenhülsen aus dem Jahr 1940 mit der Aufschrift: »Erinnert euch an den Krieg, verteidigt das Vaterland« übergaben. Danach schworen die Kommissare einen Eid: »Gestern kämpftet ihr an der Front für die Freiheit, Unabhängigkeit und ein glückliches Leben (...). Heute führe ich diesen Kampf dort weiter, wo mich mein Land braucht.«

Diese sorgfältig inszenierte Zeremonie sollte die historische Kontinuität aufzeigen zwischen den Verteidigern der Sowjetunion und den Jugendlichen, die heute Russland vor seinen Feinden beschützten: »Napoleon und Hitler träumten davon, Russland zu erobern. Heute strebt einerseits die USA, und andererseits der internationale Terrorismus danach.«

Terrorismus, Separatismus und die hegemonialen Ambitionen der USA sind demnach die größten Bedrohungen für Russland. In seinem Aufsatz von 2006, »Souveränität ist das politische Synonym für Konkurrenzfähigkeit«, nennt Wladislaw Surkow die »sanfte Absorption« (*mjagkoe pogloschtschenie*) als eine der Hauptbe-

drohungen Russlands. Statt eines militärischen Angriffs würden die USA gezielt »Werte schwächen, den Staat für ineffizient erklären und innere Konflikte schüren«. Als Paradebeispiel nennt er die »Orange Revolution« in der Ukraine.

Der russischen Regierung entging nicht, welche Rolle Jugendbewegungen wie *Pora* in der »Orangen Revolution« spielten. Als Reaktion gründeten 2005 verschiedene Machtgruppen im Kreml regierungstreue Jugendorganisation, darunter die *Mestnye* (»die Lokalen«), *Molodaja Gwardija* (»Junge Garde«) und *Rossija Molodaja* (»Junges Russland«). Sie sollten, wie *Naschi*, die Jugend zur Unterstützung der Regierung mobilisieren und ihr »patriotische Werte« vermitteln. Der »sanften Absorption« sollten sie sich auf der ideellen wie der physischen Ebene entgegenstellen – indem sie Massendemonstrationen abhielten, die potentiellen »Orangen« zeigten, wer die Strasse in Russland kontrolliert.

Ein Blick auf die jüngere russische Geschichte nährt indes die Vermutung, dass das Problem weniger in der »Schwächung« russischer Grundwerte durch äußere Feinde liegt. Eher tut sich die russische Gesellschaft schwer damit, eine post-sowjetische Identität zu definieren. Der Zerfall der UdSSR in 15 Nationalstaaten und zahlreiche umstrittene Gebiete führen zudem zu großer Unsicherheit hinsichtlich der mentalen und geografischen Grenzen Russlands.

Um diesem Zustand entgegenzuwirken, hat die russische Regierung Programme zur Propagierung von »patriotischen Werten« initiiert. Sie heben vor allem zwei zusammenhängende Säulen der russischen Identität hervor: Die tausendjährige Geschichte des russischen Staates und der Sieg im »Großen Vaterländischen Krieg«.

Verteidigung eines Mythos

Eine beachtliche Zahl von Kommentatoren und Akademiker in Russland glaubt, dass die Feinde Russlands die »russischen Werte« schwächen wollen, indem sie seine Geschichte »beschmutzen«. Dmitri Medwedew sagte in seinem Blog zum Tag des Sieges 2009: »Immer öfter sehen wir uns mit Geschichtsfälschung konfrontiert. Dabei werden diese Versuche immer schärfer, bösartiger und aggressiver.« Die russische Regierung muss in dieser Sichtweise die »unverfälschte« historische Wahrheit verteidigen, um die nationale Unabhängigkeit Russlands zu wahren. Neben Institutionen wie der im Mai 2009 gegründeten präsidentialen Kommission gegen Geschichtsfälschung ist auch *Naschi* ein Teil dieses Verteidigungsdispositivs.

Sie trägt bei zur Propagierung einer Deutung des »Großen Vaterländischen Krieges«, die an sowjetische

Muster erinnert und in Wladimir Putin einen herausragenden Protagonisten findet. Aus Anlass des sechzigsten Jahrestags des Kriegsendes sprach er 2005 von einem »heiligen« Sieg. Er zeichnete das Bild einer UdSSR, die unschuldig von einem unmenschlichen »faschistischen« Aggressor angegriffen wurde. Trotz unvorstellbarer Verluste hätten die Rote Armee und das Volk zusammengehalten, die Faschisten besiegt und Europa befreit: »Das Gute triumphierte über das Böse, und die Freiheit über die Tyrannei«, fasste er den Sieg zusammen. In dieser mythisch überhöhten Perspektive erscheint die Sowjetunion als ein mächtiges, geeintes Land, das den größten Sieg der Geschichte errang. Als Nachfolgestaat verwalte das heutige Russland ihr Erbe.

Graubereiche und dunkle Stellen ignoriert das Narrativ: Der Hitler-Stalin-Pakt, die Annektierung der baltischen Staaten oder die Verschärfung der stalinistischen Repression werden ausgeblendet. Verletzungen dieses Paktes des Schweigens werden als Angriff auf die nationalen Interessen Russlands eingestuft.

Die Verbindung von nationalen Interessen und Geschichtsinterpretation macht den Siegesmythos zu einem Faktor in der russischen Innen- und Außenpolitik. Da nicht das russische, sondern das sowjetische Volk den Sieg errang, verweist er auf eine politische Gemeinschaft, welche die Grenzen der Russischen Föderation sprengt und heute nicht mehr existiert. Dies schafft Konfliktpotenzial, da heute viele Länder der ex-UdSSR den Siegesmythos in der russisch-sowjetischen Form nicht akzeptieren.

Denkmalstreit mit Nachbarn

Als die estnische Regierung im Frühling 2007 das Denkmal für die gefallenen sowjetischen Soldaten aus der Innenstadt Tallinns verlegte, belagerte *Naschi* eine Woche lang die Botschaft des Landes in Moskau. Nachdem Aktivisten die estnische Botschafterin tätlich angriffen, verließ sie überhastet Russland. *Naschi* feierte ihre Flucht als »unseren Sieg«.

Die Aktionen von *Naschi* wurden außerhalb Russlands praktisch durch die Bank verurteilt und verschlechterten das Klima zwischen der EU und Russland. In Russland stieß *Naschi* indes auf Verständnis: So gaben in Umfragen achtzig Prozent an, die Handlungen Estlands machten sie »wütend«, und 59 % beschuldigten die Esten, eine Verschärfung der Beziehungen zu Russland zu provozieren.

Ein zweiter, aktueller Streit um Geschichtsdeutung spielt sich in Georgien ab. Seit dort mit Micheil Saakaschwili ein prowestlicher Präsident an der Macht ist, haben sich die politischen Beziehungen zu Russland

stark verschlechtert. Hinzu kommen Versuche, eine nationale Geschichtsschreibung für Georgien zu entwickeln. 2006 wurde ein Museum der »sowjetischen Besetzung« eröffnet, was in Russland als Infragestellung der gemeinsamen Geschichte wahrgenommen wurde.

Der vorläufige Höhepunkt des Geschichtsstreites wurde im Dezember letzten Jahres erreicht, als die georgische Regierung in der Stadt Kutaisi ein Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen sowjetischen Soldaten sprengen ließ. Die intendierte nationale Machtdemonstration geriet zum Debakel, als während der Detonation am 19. Dezember eine Frau und ihre achtjährige Tochter durch Trümmer erschlagen und zwei weitere Personen verletzt wurden. In Georgien demonstrierten daraufhin Hunderte mit der Opposition gegen den Präsidenten.

In Russland kritisierte man aber vor allem die Entsorgung der Vergangenheit. Wladimir Putin äußerte sich scharf: »Dies ist der jüngste Versuch, die Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit aus dem Gedächtnis der Völker der ehemaligen Sowjetunion zu tilgen«. Das russische Außenministerium nannte die Sprengung »frevelhaft«. Die Tatsache, dass führende Exponenten der russischen Regierung die georgische Aktion scharf verurteilten, unterstreicht, dass die Zerstörung des Denkmals als »Angriff« auf die nationalen Interessen Russlands gesehen wird.

Prominent setzte sich auch *Naschi* in Szene und belagerte die georgische Botschaft in Moskau. Praktisch Wort für Wort wiederholte sie die Kritik der Regierung an Georgien. Wiederum wussten die Aktivisten die Vergangenheit und Gegenwart zu verbinden, indem sie Saakaschwili in einem Communiqué beschuldigten, gegen sein eigenes Volk vorzugehen: Durch seinen »Krieg mit der heldenhaften Vergangenheit seines Landes (...) mussten heute Menschen sterben«. Damit verbindet die Organisation die Forderung nach einem Rücktritt des Präsidenten. Der Rückgriff auf den gemeinsamen Sieg dient dazu, eine pro-russische Politik der georgischen

Regierung als historische Notwendigkeit darzustellen und einzufordern.

Die Wirkung des Mythos

Organisationen wie *Naschi* verpacken die »patriotischen« Botschaften der Regierung auf moderne Weise. Damit wird ein Thema »cool«, welches für die Jugend an und für sich nicht brennend ist: Eine Umfrage vom Juni 2008 ergab für »Patriotismus« den 19. Platz auf der Prioritätenliste der Sechzehnjährigen – weit hinter wirtschaftlichen Ambitionen. Indem *Naschi* den Patriotismus mit wirtschaftlichen Versprechen verbindet und durch Konzerte, Sommerlager und modische orangefarbene Schleifen vermarktet, erreicht sie dennoch ihr Publikum. Gleichzeitig kanalisieren ihre Protestaktionen die Unzufriedenheit der Jungen und lenken sie nach außen, weg vom eigenen politischen System. In älteren Bevölkerungsschichten scheint die Artikulation einer heldenhaften Vergangenheit ohne dunkle Flecken indes einem großen Bedürfnis zu entsprechen. Dieses ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Unsicherheit in den chaotischen neunziger Jahren zu sehen. Der Siegesmythos verkörpert Russlands neu gewonnene Stärke.

Als ideologische Fundierung der russischen Position im post-sowjetischen Raum ist seine Effektivität zweifelhafter. Die besprochenen Beispiele deuten an, dass die unkritische Interpretation der historischen Rolle der UdSSR und das undiplomatische Auftreten der russischen Außenpolitik – und dazu ist auch *Naschi* zu zählen – eher kontraproduktiv wirkt. Die unbedingte Verteidigung des Mythos durch Russland stärkt jene Kräfte im post-sowjetischen Raum, welche politisch auf Distanz zu Russland gehen wollen oder die eigene Kollaborationsgeschichte mit Hitler-Deutschland durch die »russische Bedrohung« rechtfertigen. Statt die eigene Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, spinnen die verschiedenen Seiten munter eigene Mythen.

Über den Autor

Ivo Mijnsen arbeitet für das SNF-Projekt »Demokratie und Nation in Russland« an der Universität Basel.

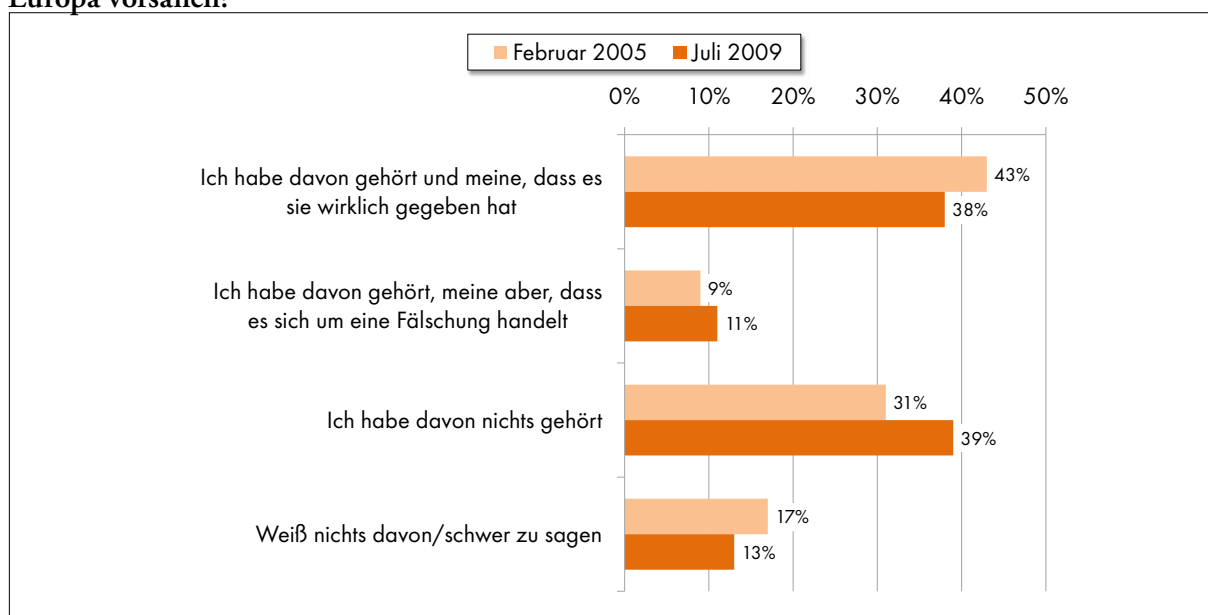
Lesetipps

- Website von »Naschi«: www.naschi.su (russisch)
- Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.): Kluften der Erinnerung. Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg, Berlin 2005 (= Osteuropa 4–6/2005)
- Ulrich Schmid: »Naši – Die Putin-Jugend«, in: Osteuropa, 2006, Nr. 5, S. 5–18.
- Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.): Geschichtspolitik und Gegerinnerung. Krieg, Gewalt und Trauma im Osten Europas, Berlin 2008 (= Osteuropa 6/2008)
- Regina Heller: »Die russische Jugendbewegung »Naši«. Aufstieg und Fall eines politotechnologischen Projektes in der Ära Putin.« *Russland-Analysen*, Nr. 168/2008, S. 2–9

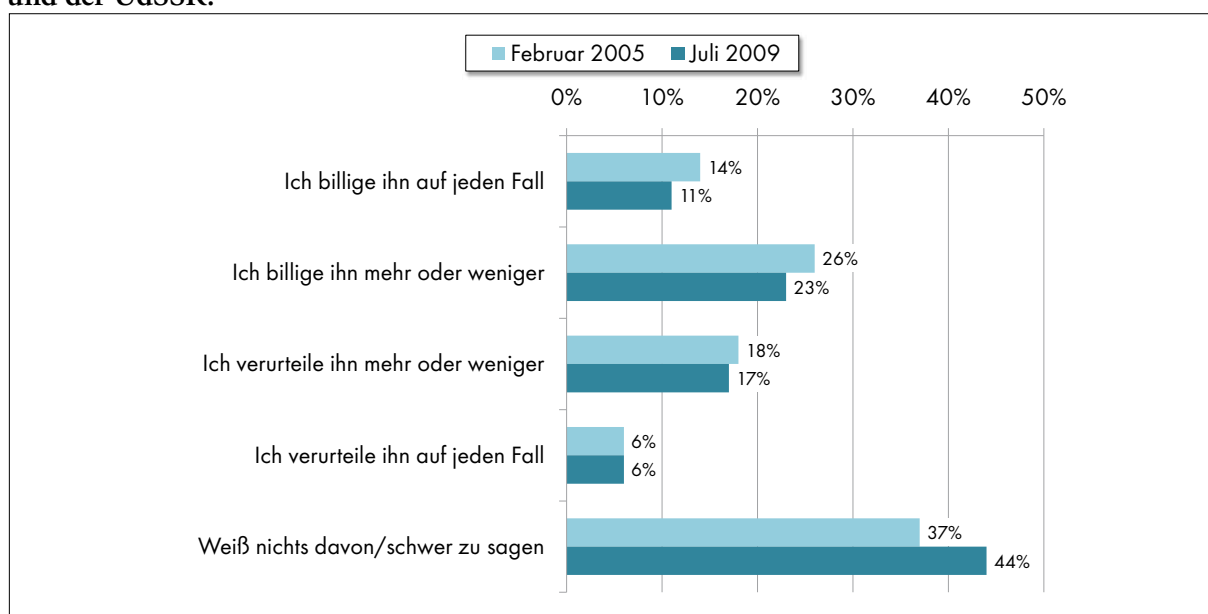
Grafiken zum Text

Russische Einstellungen zum Zweiten Weltkrieg und zu Stalin

Haben Sie von den geheimen Zusatzprotokollen zum Nichtangriffspakt gehört, der im August 1939 zwischen dem faschistischen Deutschland und der UdSSR unterzeichnet wurde (Molotow-Ribbentrop-Pakt), die die Teilung Polens und eine Aufteilung der Einflussphären in Europa vorsahen?

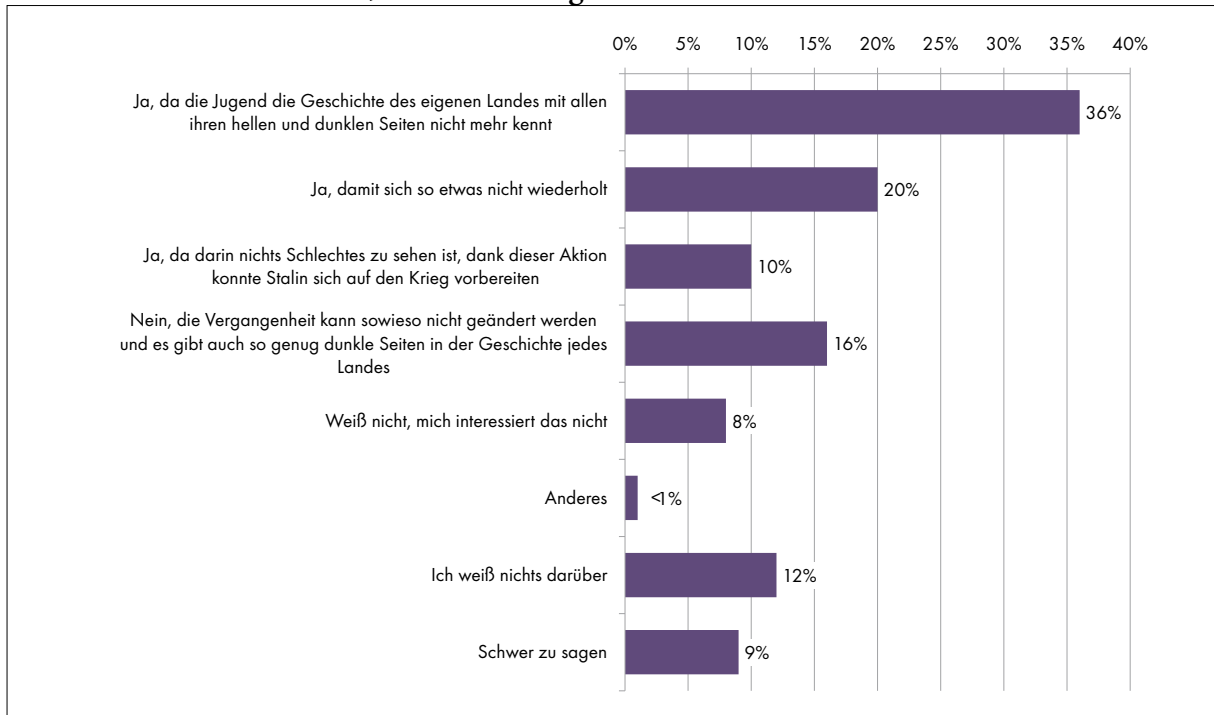


Billigen oder verurteilen Sie den Nichtangriffspakt zwischen dem faschistischen Deutschland und der UdSSR?



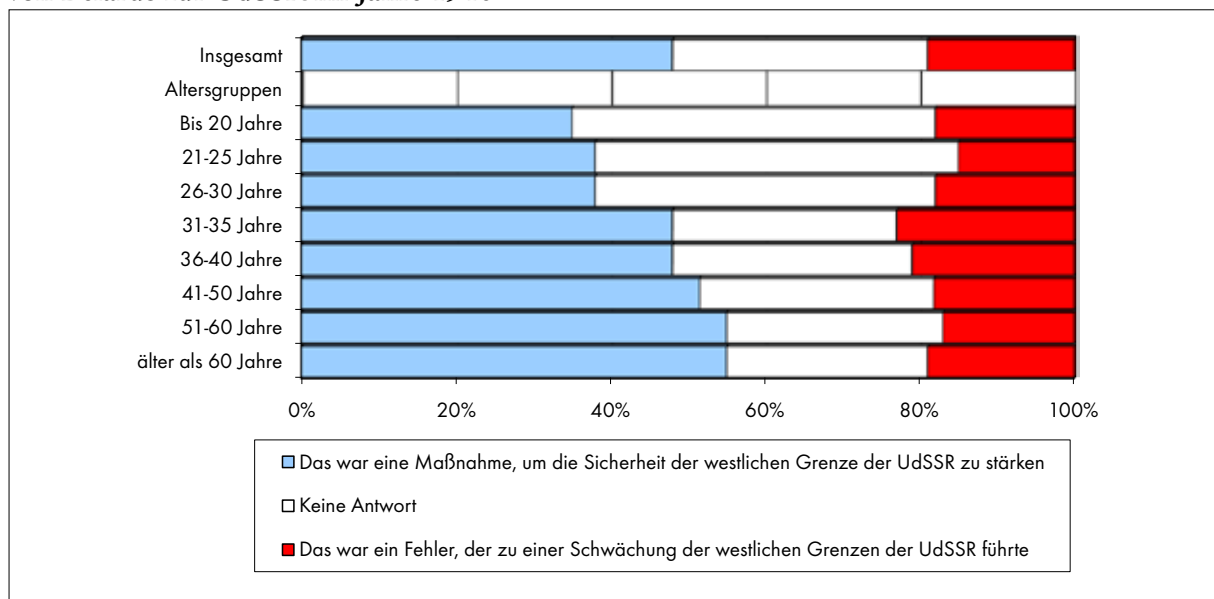
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrum vom 17.–20. Juli 2009, <http://www.levada.ru./press/2009082401.html>

Müssen die Ereignisse vom September 1939, als die Truppen der Roten Armee in Polen einmarschierten, das gegen Hitlerdeutschland kämpfte, und wie von Molotow und Ribbentrop vereinbart Gebiete besetzten, umfassend aufgearbeitet werden?



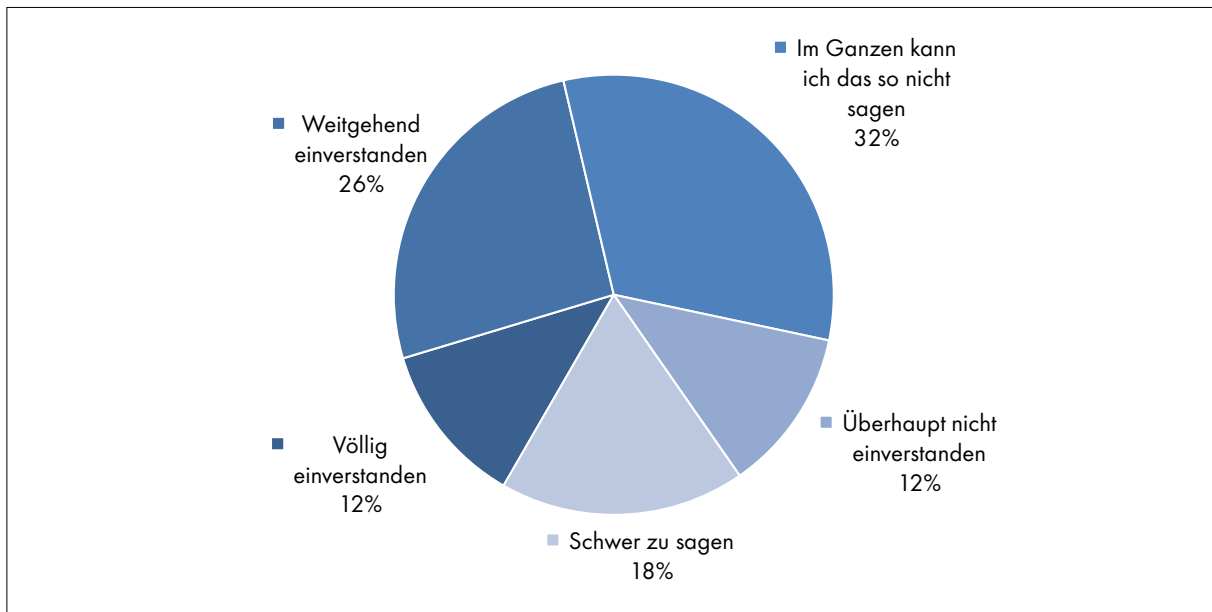
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–31. August 2009, <http://www.levada.ru/press/2009090404.html>

Bewertung des Beitritts der baltischen Länder, der westlichen Ukraine und des westlichen Teils von Belarus zur UdSSR im Jahre 1940

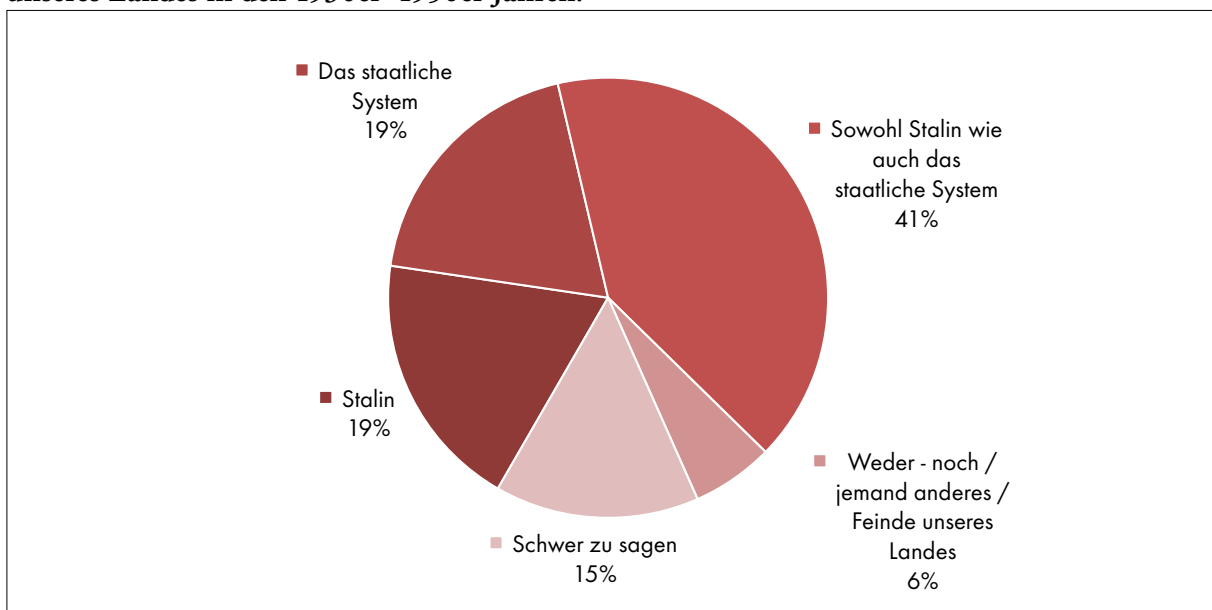


Quelle: repräsentative Umfrage des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herbst 2009.

In Anbetracht des Umfangs der Repressionen in der Stalinära und der gewaltsamen Umsiedlung (Deportation) einiger Völker, sind Sie mit der Ansicht einverstanden, dass die führende Person des Landes Josef Stalin als Staatsverbrecher bezeichnet werden sollte?

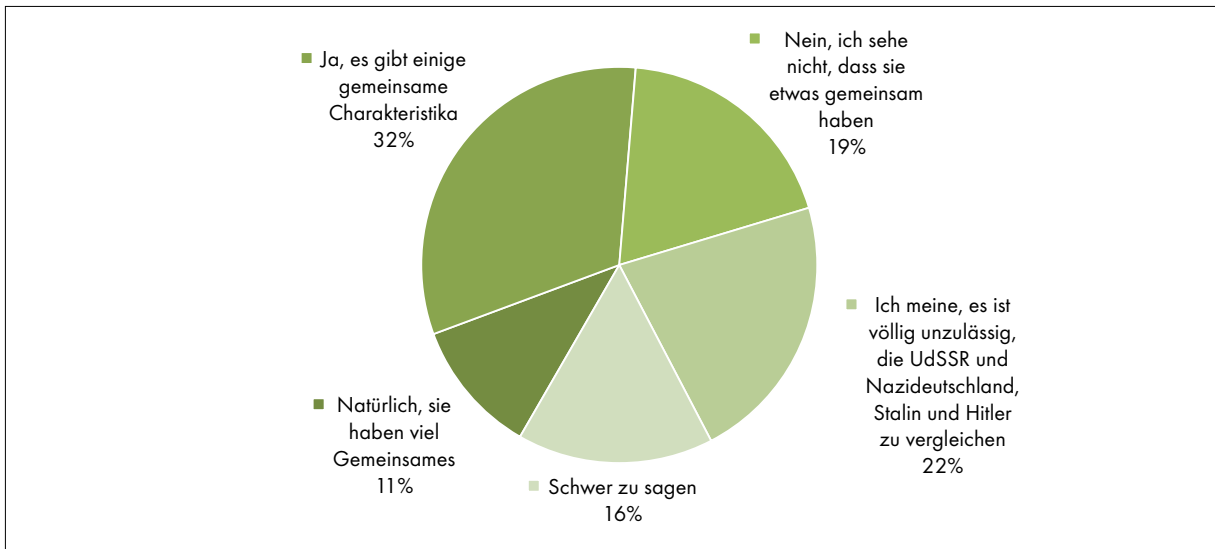


Was meinen Sie, wer hat vor allem die Verantwortung für diese Repressionen und die Verluste unseres Landes in den 1930er–1950er Jahren?



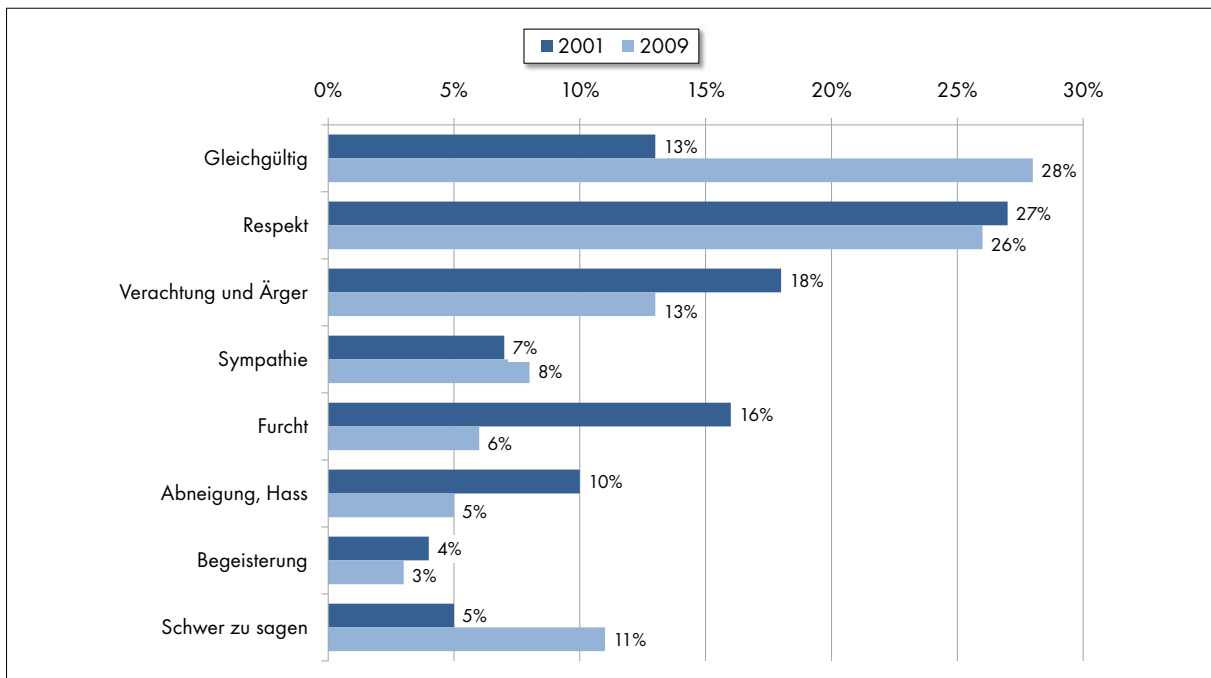
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–31. August 2009,
<http://www.levada.ru/press/2009090404.html>

Kann man Ihrer Ansicht nach von gemeinsamen Charakteristika der staatlichen Systeme sprechen, die in den 1930er Jahren von Stalin in der Sowjetunion und Hitler in Deutschland errichtet wurden?



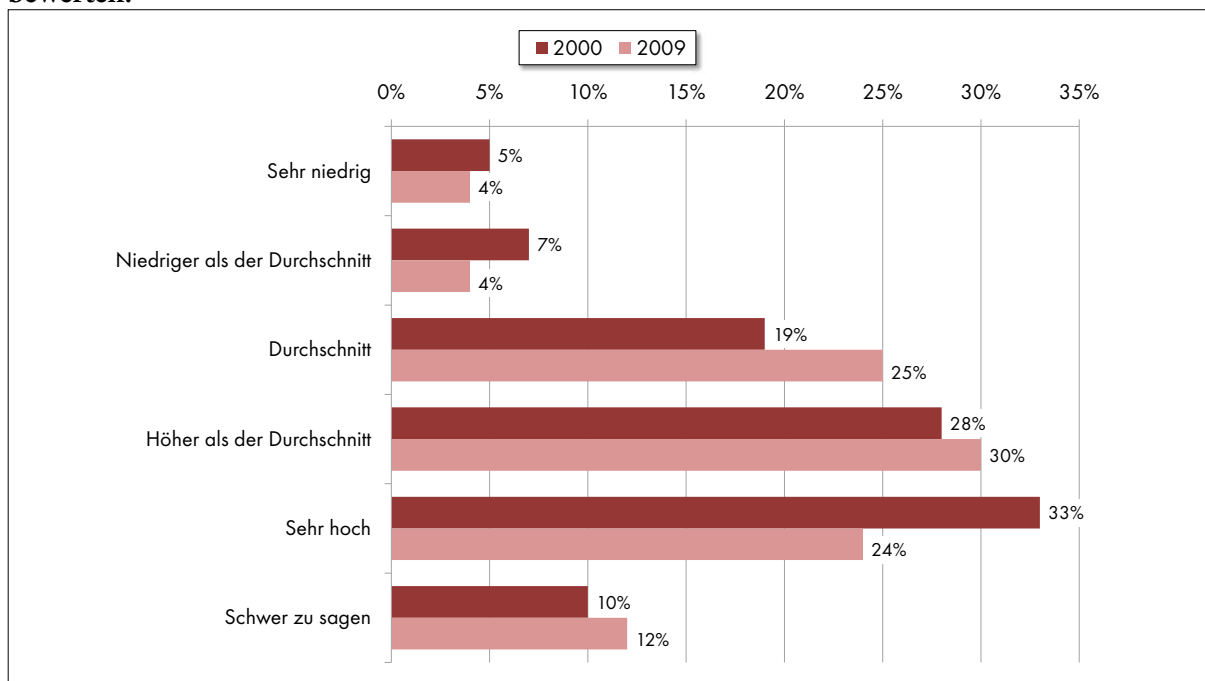
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 23.–31. August 2009,
<http://www.levada.ru/press/2009090404.html>

Wie ist im Ganzen Ihre Einstellung zu Josef Stalin?

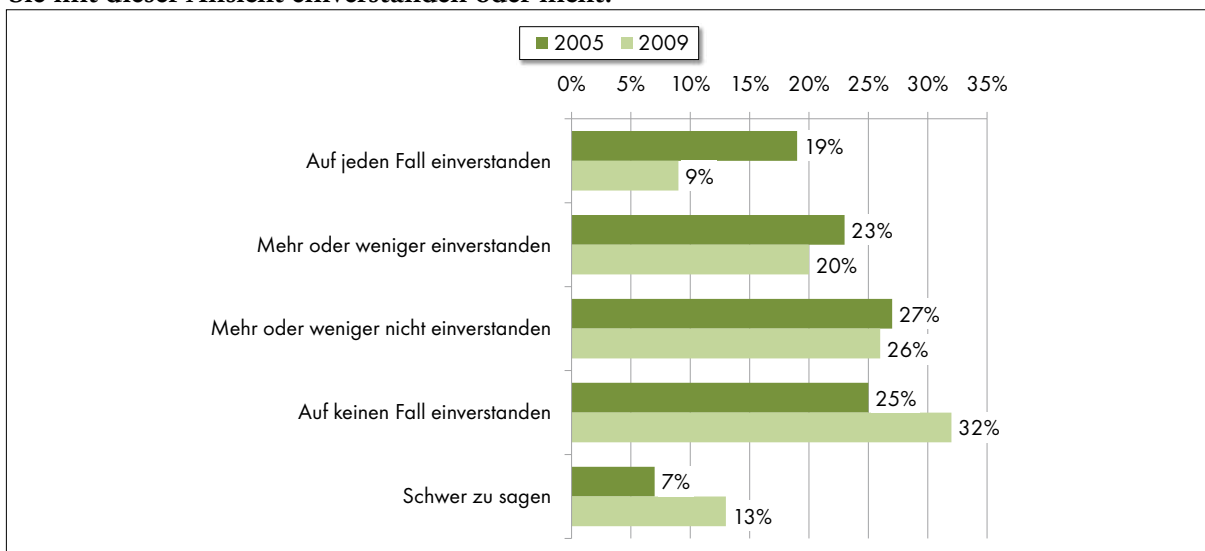


Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM von 2001 und vom 5.–6. Dezember 2009,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12945.html>

Wie würden Sie die Führereigenschaften und die Fähigkeiten Stalins, das Land zu regieren bewerten?

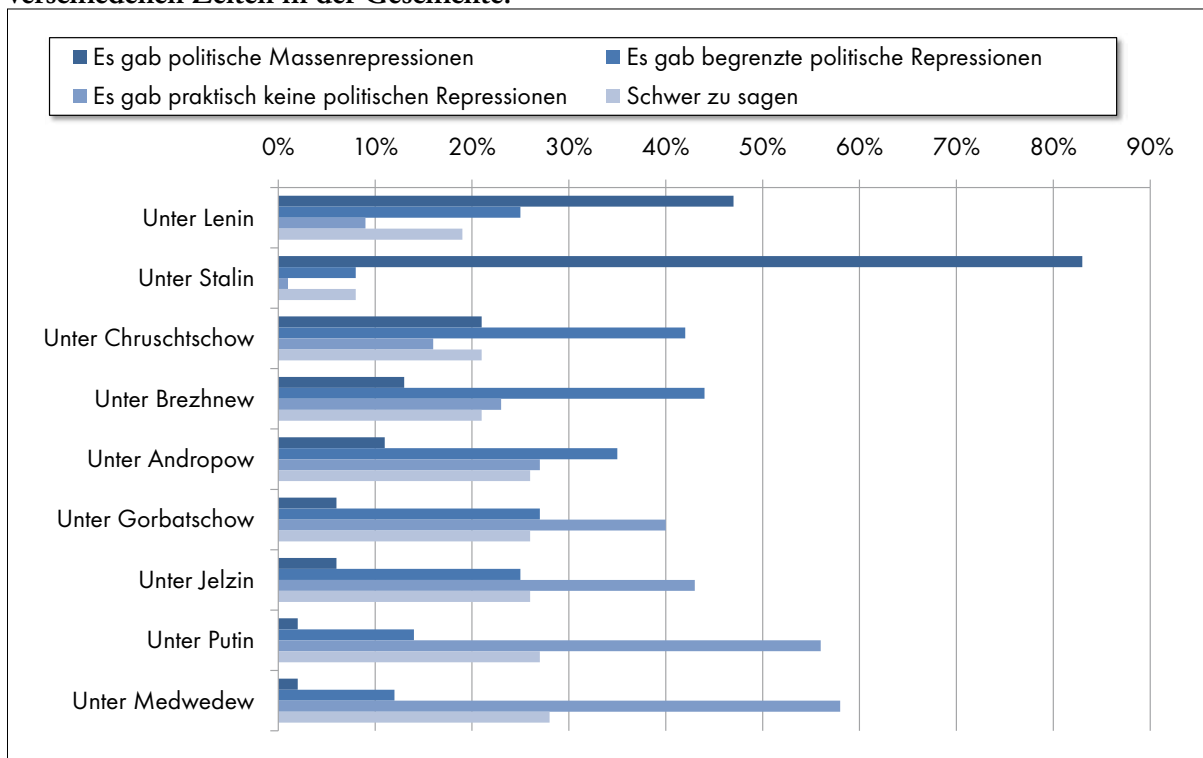


Manche meinen, dass wir an der Spitze des Staates einen Politiker wie Stalin brauchen. Sind Sie mit dieser Ansicht einverstanden oder nicht?



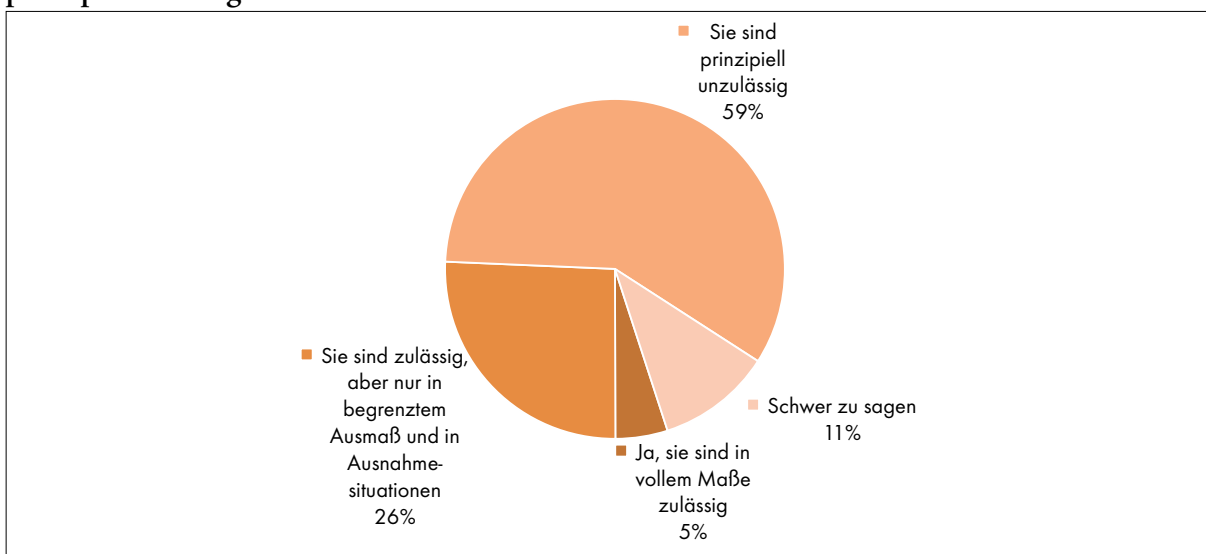
Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM von 2000, 2001, 2005 und vom 5.–6. Dezember 2009, <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12945.html>

In den letzten hundert Jahren ist Russland von den unterschiedlichsten politischen Regimes regiert worden. Wie stand es Ihrer Ansicht nach um politische Unterdrückung zu verschiedenen Zeiten in der Geschichte?



Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Oktober 2009,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12697.html>

Was meinen Sie, sind politische Repressionen von Seiten der Regierung gegen die Bürger prinzipiell zulässig oder nicht?



Quelle: repräsentative Umfragen des WZIAM vom 24.–25. Oktober 2009,
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/12697.html>

Analyse

Der Fall der Berliner Mauer und die Folgen aus russischer Sicht

Von Reinhard Krumm, Moskau

Zusammenfassung

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich in der russischen Gesellschaft die Wahrnehmung von Europa und Deutschland stabilisiert. Dem allgemeinen politischen Schmerz und den oftmals persönlichen wirtschaftlichen Sorgen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist eine realistische Einschätzung Russlands in der Weltpolitik gefolgt. Nicht eine Wiederherstellung des Weltmachtanspruchs der Sowjetunion wünschen sich die Bürger, sondern ein Staat unter mehreren zu sein, allerdings mit weltweitem Einfluss.

Doch bei allem Selbstbewusstsein und dem Einzug einer gewissen Normalität sucht Russland nach einer postsowjetischen Identität. Zum einen als eurasisches Land, zum anderen als europäisches Land. Damit begibt Russland sich erneut auf eine Suche, die Peter der Große im 18. Jahrhundert begonnen hat, die aber für das größte Land der Erde noch immer nicht abgeschlossen ist.

So war bei einer Umfrage aus dem Jahre 2007 jeder fünfte Russe der Meinung, dass die »Versuche von westlichen Staaten, die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umzuschreiben« die konstruktive Entwicklung der Beziehungen zwischen Russland und der EU stören. Das oftmals zitierte und vieldeutige Ende der Geschichte ist, wenn überhaupt erreichbar, noch lange nicht in Sicht.

Einführung

Das Jahr 2009 war ein besonderes Jubiläumsjahr in Europa und vor allem in Deutschland. Viele Ereignisse jährten sich zum runden Mal. Dabei steht der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 als ein zentrales Datum. 20 Jahre sind vergangen, Träume wurden wahr, doch so manche Wunden verheilen nur langsam. Damit ist vor allem die Geschichte gemeint, die für viele Menschen einen kaum erhofften Neuanfang bescherte, für andere aber als Niederlage empfunden wurde.

Während Deutschland und Osteuropa dieses historische Ergebnis als Neubeginn gesamteuropäischer Einigung feiern, schaut Russland, ja muss Russland anders auf diesen historischen Einschnitt schauen. Auf der einen Seite war es eine kaum vorstellbare Öffnung des Landes, ein Ende von systemimmanenten Repressionen, aber auf der anderen Seite war es eben auch der Beginn eines für viele Bürger traumatischen sozialen und wirtschaftlichen Abstiegs. Und hier liegt noch immer ein Missverständnis vor zwischen Russland und vielen Ländern Europas sowie den USA.

Wo ist da der Zusammenhang zum Geschichtsverständnis, fragt sich zu Recht der geneigte Leser. Antwort: Geschichtsaufarbeitung kann nur dann erfolgreich sein, wenn Staat und Gesellschaft dazu bereit sind. Keiner weiß das wohl besser als Deutschland, wo beide Seiten erst in den sechziger Jahren soweit waren, sich tatsächlich den schmerzhaften Ergebnissen der kritischen Erforschung der eigenen Geschichte zu stellen. Da waren über zwanzig Jahre seit dem Kriegsende vergangen.

Deshalb ist die Einschätzung der russischen Bevölkerung zur damaligen Reformpolitik unter Michail Gorbatschow so wichtig, um die heutige russische Politik zu verstehen. Denn je mehr diese Zeit als Niederlage empfunden werden sollte, umso geringer die Chancen auf eine offene Diskussion über die Vergangenheit, die für die osteuropäischen Staaten mit dem nach den russischen und deutschen Außenministern Wjatscheslaw Molotow und Joachim von Ribbentrop benannten Pakt und dessen Zusatzprotokoll, dass die Souveränität eben dieser Länder in Frage stellte, verbunden ist.

Die vom Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaft in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau durchgeführte repräsentative Studie soll dazu dienen, die Befindlichkeiten Russlands zwanzig Jahre nach dem Berliner Mauerfall darzustellen.

Die Vorgeschichte

Der Ribbentrop-Molotow-Pakt vom August 1939, zusammen mit dem geheimen Zusatzprotokoll, wird von knapp einem Viertel der Befragten als »richtige Entscheidung der sowjetischen Führung« betrachtet. So wurde Zeit gewonnen, um sich besser auf den Krieg gegenüber Deutschland vorzubereiten. Knapp ein Drittel hält es für »eine fehlerhafte Entscheidung«, nur jeder Zehnte für eine »schändliche Seite unserer Geschichte«. Dies belegt, dass der Zweite Weltkrieg nach russischem Verständnis am 22. Juni 1941 und nicht im September 1939 begann, als neben deutschen Truppen auch sowjetische Soldaten in Polen einmarschierten.

Dabei ist der Bekanntheitsgrad des Vertrages abhängig von der Bildung und vom Alter. Je besser die Bildung und je höher das Alter, desto bekannter dieses geschichtlichen Ereignisses. Während knapp die Hälfte der Befragten mit einer Hochschulausbildung darüber informiert war, so war es bei den anderen gerade einmal knapp ein Fünftel. Einem Drittel der unter 20jährigen und einem Viertel der Altersgruppe 21 bis 25 »war nichts bekannt, sie hörten davon zum ersten Mal«. Bei den über 36jährigen sind es nur etwa 10 %. Dem gegenüber ist den über 50jährigen die Geschichte zu über einem Drittel »gut bekannt«. Etwa die Hälfte aller Altersgruppen hat vom Pakt »irgendetwas gehört, ohne Genaueres zu wissen«.

Ähnlich abhängig vom Bildungsstand und vom Alter ist die Bewertung der Auswirkungen des geheimen Zusatzprotokolls, die zu einer gewaltsamen Eingliederung der drei baltischen Staaten sowie von Teilen Polens führte. Während die Russen mit einer Hochschulausbildung gespalten darüber sind, ob es eine »gewaltsame Eingliederung« war, etwa ein Drittel, oder eine »freiwillige Eingliederung«, auch etwa ein Drittel, und der Rest sich nicht entscheiden konnte, nahm bei den schlechter ausgebildeten Bürgern sowohl die Kritik (gewaltsame Eingliederung) als auch die Zustimmung (freiwillige Eingliederung) ab. Dafür gaben je nach Ausbildung 39 bis 48 % keine Antwort.

Eindeutig hingegen ist der Trend bei den Altersgruppen: Je älter die Befragten, desto deutlicher die Antwort: »Das war eine Maßnahme, um die Sicherheit der westlichen Grenzen der Sowjetunion zu festigen.« Diese Meinung vertreten über die Hälfte der über 51jährigen. Bei den unter 20jährigen sind es immerhin noch 35 %. Im Durchschnitt meint in allen Altersgruppen nur etwa knapp ein Fünftel, dass das geheime Zusatzabkommen »ein Fehler war, der zu einer Schwächung der westlichen Grenzen der Sowjetunion geführt hat«.

Als Hauptgründe für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bezeichnen die Befragten die »Ideologie des Faschismus und des Nazismus im Deutschland der damaligen Zeit« (60 %) sowie die »Persönlichkeit Hitlers und sein psychischer Zustand« (49 %). Knapp 10 % halten die »schwierige wirtschaftliche Lage in Deutschland« oder »Fehler, zugelassen von den Entscheidungsträgern der Sowjetunion, konkret Stalin« für ausschlaggebend. Nur jeder zwanzigste sieht in der »verbrecherischen Politik der Entscheidungsträger der Sowjetunion, konkret Stalin« den Grund für den Beginn des Krieges.

Interessant ist die Meinung der Russen zur Schuld der Deutschen am Krieg. Die hat sich in den letzten Jahren zwar nur leicht verändert, gleichwohl ist die Ten-

denz überraschend. Waren 2002 noch etwa die Hälfte der Meinung, »jetzige und folgende Generationen der Deutschen sollten keine Schuldgefühle für die Gräueltaten des Hitlerregimes mehr haben«, so waren es in diesem Jahr 4 % weniger. Im selben Zeitpunkt stieg die Anzahl derer, die sehr wohl der Meinung sind, dass die Deutschen auch heute noch und in Zukunft ein Gefühl der Schuld haben sollten, um 5 %.

Das Ereignis

Das Jahr 1989 markiert de jure zwar nicht das Ende der Sowjetunion – das geschah zwei Jahre später – aber de facto symbolisiert der Fall der Berliner Mauer den Anfang vom Ende des Kalten Krieges. Knapp zwei Drittel sehen das positiv, nur etwa jeder sechste negativ. Den Prozess der Wiedervereinigung halten hingegen nur 37 % für »gesetzmäßig und gerechtfertigt«, etwa ein Viertel hält ihn für »gerechtfertigt, aber zu schnell«. Und nur jeder zehnte ist der Meinung, dass die Wiedervereinigung die »schlimmste Niederlage der Sowjetunion (Russlands) in der Außenpolitik« bedeutet.

Derweil begrüßen nur knapp über 40 %, dass damals der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, ein Wirtschaftsbündnis der Sowjetunion mit den osteuropäischen Staaten, sowie der Warschauer Pakt, ein Militärbündnis eben dieser Staaten, aufgelöst wurden und dass die osteuropäischen Staaten selbst ihren wirtschaftlichen und politischen Weg wählen durften.

Positiv wird hingegen bewertet, dass mit dem Ende des Kalten Krieges das Ausstrahlen westlicher Radiostationen nicht mehr behindert wird. Ein bezeichnendes Detail: Weniger als die Hälfte waren begeistert von der Veröffentlichung der Geheimen Zusatzprotokolle des Molotov-Ribbentrop-Paktes. Wesentlich deutlicher ist die Zustimmung für das Ende des Kalten Krieges, das Ende des Wettrüstens und der Gegnerschaft zwischen Ost und West (90 %) und für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan (86 %).

Damit werden zum Teil außenpolitische Ergebnisse der Perestrojka bewertet, die 1985 vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow eingeleitet wurde. Insgesamt hat die Zustimmung unter der Bevölkerung für die Umgestaltung der Sowjetunion in den letzten vier Jahren leicht zugenommen: Waren es 2005 nur 29 % der russischen Bürger, die sie ganz oder zumindest in Teilen positiv sahen, so waren es vier Jahre später 37 %. Entsprechend nahm die Ablehnung von 59 auf 51 % ab.

Die 1989 unter 20jährigen, also die Generation der heute aufsteigenden Entscheidungsträger, bewertet die Perestrojka und deren Errungenschaften als überwie-

gend positiv, während die Älteren sie als überwiegend negativ kritisieren. Überraschend ist das Ergebnis, dass die Zustimmung zu den damaligen Reformen wächst, je höher die Ausbildung und je höher der Wohlstand sind. Jedoch liegt gleichzeitig die Ablehnung stets bei etwa 50 %.

Die Auswirkungen

Ist das außenpolitische Hauptergebnis der Perestrojka für Europa, die Wiedervereinigung Deutschlands, aus Sicht der Russen als positiv oder negativ zu bewerten? Die Antworten fallen unterschiedlich deutlich aus. Positive Auswirkungen sehen die Russen für die Sicherheit in Europa und die deutsch-russischen Beziehungen (jeweils 50 %), aber für die Sicherheit Russlands im internationalen Bereich meinten das nur etwa ein Drittel, obschon immer noch mehr als die gegenteilige Meinung (27 %).

Russland vertritt seine politischen Positionen gegenüber Europa etwa so ausreichend wie gegenüber den USA. Davon ist die überwiegende Mehrheit, etwa zwei Drittel, überzeugt. Dabei unterscheiden die Russen sehr genau, wem sie ihre Sympathie geben. An erster Stelle der westeuropäischen Länder steht Frankreich (84 %), gefolgt von Deutschland (76 %). Die USA liegen gerade einmal bei 37 %, etwas besser ist Polen mit 44 %.

Gegenüber Deutschland sind für Russland der 2. Weltkrieg oder der Große Vaterländische Krieg, wie er im russischen genannt wird, noch immer die entscheidende Assoziation (65 %). Während diese Wahrnehmung leicht abnimmt im Vergleich zum Jahr 2002, nimmt das Merkmal »Schuldige des 2. Weltkrieges« leicht zu (44 %). Vershoben hat sich die Analyse der Russen bezüglich des Einflusses auf die heutige Welt. Waren sie 2002 noch der Meinung, dass Deutschland einflussreicher sei (30 % gegenüber 20 % für Russland), so hat sich das Bild 2009 genau umgekehrt: 32 % für Russland, 21 % für Deutschland. Jeweils ein Drittel glaubt ein Gleichgewicht zu erkennen.

Russland sollte im 21. Jahrhundert, so sieht es etwa die Hälfte der Russen, »zu den 10 bis 15 wirtschaftlich

entwickelten und politisch einflussreichen Ländern der Welt zu gehören«. Diese Meinung gleicht sich bei allen Altersgruppen, bis auf die über 60jährigen. Leicht abgenommen im Vergleich zum Jahr 2007 hat das Bestreben »den Status einer Supermacht wie zu Zeiten der Sowjetunion wiederzuerlangen« (34 %). Völlig uninteressant erscheint es dabei, eine »Führerschaft im postsowjetischen Raum zu erlangen« (8 %).

So wollen denn gut ein Drittel der Befragten in einem eigenständigen Land leben, ohne Vereinigung mit einem anderen Land und ohne Bündnisverpflichtung. Leicht zugenommen hat der Wunsch in einem vereinten Europa zu leben (14 %) oder in einem Verband mit der Ukraine, Belarus und Kasachstan. Noch jeder Fünfte wünscht sich seine Zukunft in einer revitalisierten Sowjetunion. Bei einer Wahl zwischen einem möglichen Beitritt oder Nichtbeitritt zur Europäischen Union sind die Russen gespalten, tendieren jedoch eher dagegen (45 %) und 37 % sind dafür. Diese Aussage korrespondiert mit der Antwort auf die Frage, ob Russland ein Teil Europas ist (43 %) oder eine »besondere eurasische Zivilisation« (41 %).

Dabei schätzen die Bürger Russlands die Interessen Westeuropas gegenüber Russland realistisch ein. Die überwiegende Mehrheit ist sich sicher, dass Westeuropa ausschließlich an den Rohstoffen Russlands interessiert ist (59 %). Ein Fünftel ist überzeugt, dass »Westeuropa an Russland ausschließlich interessiert ist als Gegengewicht zur Weltmacht USA«. Und immerhin 22 % stellen fest, dass Europa an einer gleichgewichtigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert ist, Tendenz steigend.

Ihre Eindrücke über Europa erhalten die russischen Bürger vor allem aus dem Fernsehen (50 %), auf dem zweiten Platz liegen europäische Filme (44 %). Jeder fünfte gibt an, »im letzten Jahr sich nicht informiert zu haben über irgendetwas aus dem europäischen Leben oder der Kultur«. Und nur 7 % haben ein europäisches Land besucht. Diese besitzen zumeist eine mittlere oder Hochschulausbildung, sind in den Dreißigern und kommen aus den Großstädten.

Über den Autor:

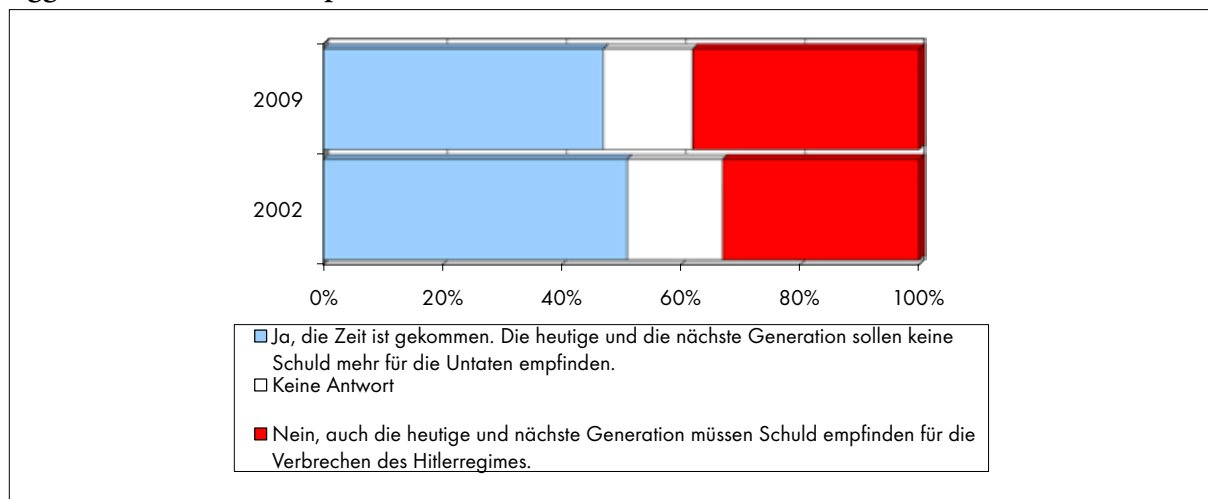
Dr. Reinhard Krumm ist der Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau.

Der vorliegende Beitrag ist ein Auszug aus der Studie »Posle padenija Berlinskoj steny: do i posle (Rossijane o wneschnopoliticheskich prozessach)« [Nach dem Fall der Berliner Mauer: damals und heute (Russen über außenpolitische Prozesse)], einer Untersuchung des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften in Zusammenarbeit mit dem Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland, die auf Deutsch im Sommer 2010 erscheint.

Tabellen und Grafiken zum Text

Russische Meinungen zur Außenpolitik und zu Deutschland

Ist die Zeit gekommen, dass das deutsche Volk aufhört, Schuld gegenüber den Opfern der Aggression Hitlers zu empfinden?



Quelle: repräsentative Umfrage des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herbst 2009.

Bewertung der außenpolitischen Ereignisse der späten 1980er Jahre durch die russische Bevölkerung

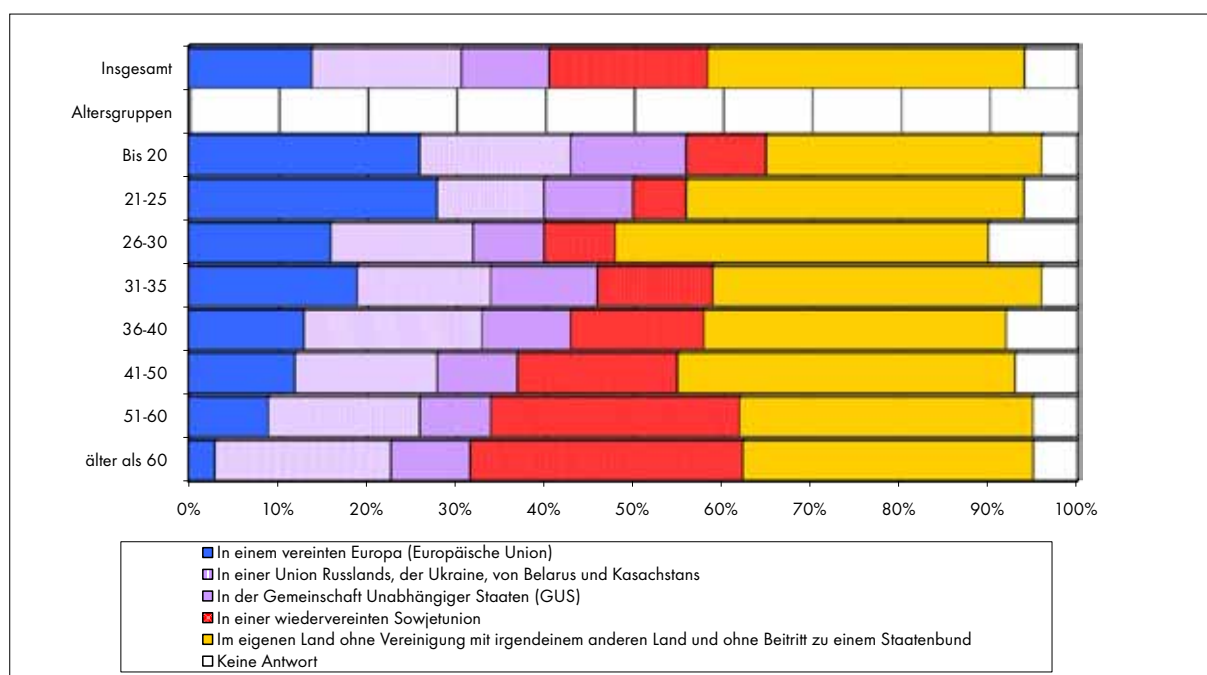
	2005	2009
1) Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan		
1. Positiv	91 %	90 %
2. Negativ	3 %	4 %
3. Keine Antwort	6 %	5 %
2) Das Ende von Kaltem Krieg, Wettrüsten und der Konfrontation von UdSSR und dem Westen		
1. Positiv	88 %	86 %
2. Negativ	4 %	7 %
3. Keine Antwort	8 %	7 %
3) Erweiterung der Möglichkeiten für Sowjetbürger, in das Ausland zu reisen und für Ausländer, einzureisen		
1. Positiv	74 %	80 %
2. Negativ	13 %	11 %
3. Keine Antwort	13 %	9 %
4) Das Ende des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und des Warschauer Pakts sowie die Tatsache, dass es den Ländern Osteuropas ermöglicht wurde, selber den Weg für politische und wirtschaftliche Entwicklung zu wählen		
1. Positiv	60 %	43 %
2. Negativ	14 %	26 %
3. Keine Antwort	27 %	30 %

(Fortsetzung auf nächster Seite)

Bewertung der außenpolitischen Ereignisse der späten 1980er Jahre durch die russische Bevölkerung (Fortsetzung von vorheriger Seite)

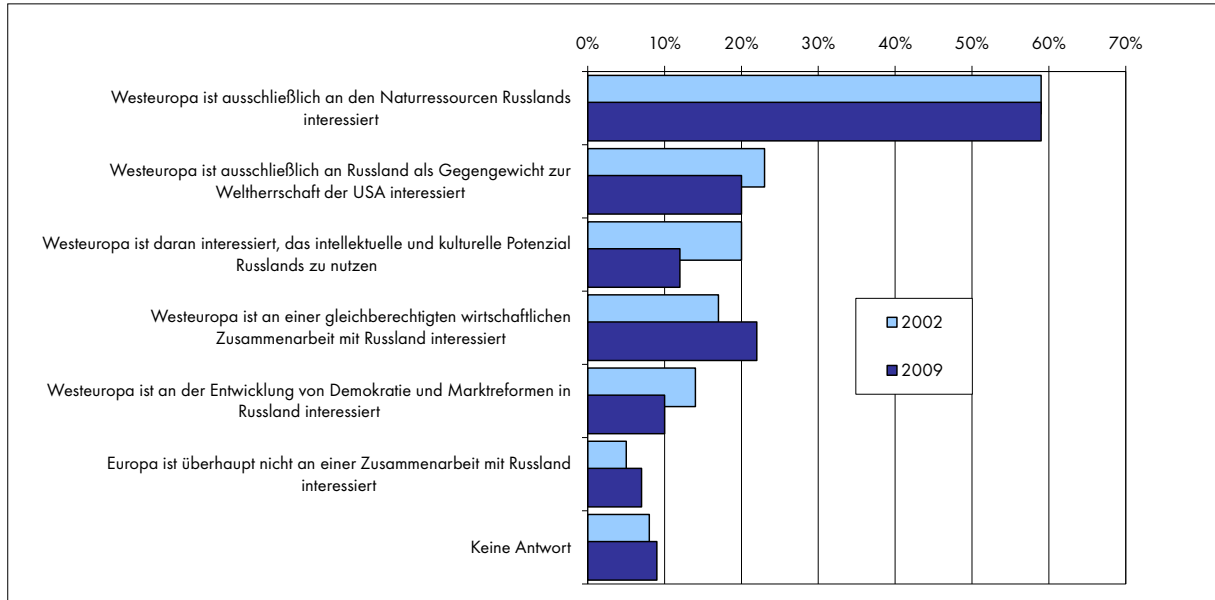
	2005	2009
5) Der Fall der Berliner Mauer		
1. Positiv	61 %	61 %
2. Negativ	10 %	15 %
3. Keine Antwort	29 %	24 %
6) Die Veröffentlichung der Geheimprotokolle über die Aufteilung der Einflussphären in Europa zwischen der UdSSR und Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkriegs (der Molotow-Ribbentrop-Pakt)		
1. Positiv	41 %	40 %
2. Negativ	15 %	21 %
3. Keine Antwort	44 %	39 %
7) Der Einstellung der Störung der westlichen Radiosender		
1. Positiv	61 %	62 %
2. Negativ	16 %	17 %
3. Keine Antwort	24 %	22 %
8) Die Aufhebung des Verbotes von westlichen Filmen, westlicher Rockmusik, erotischer Literatur usw.		
1. Positiv	34 %	49 %
2. Negativ	51 %	39 %
3. Keine Antwort	15 %	13 %

Wo sehen Sie Russland in der Zukunft?

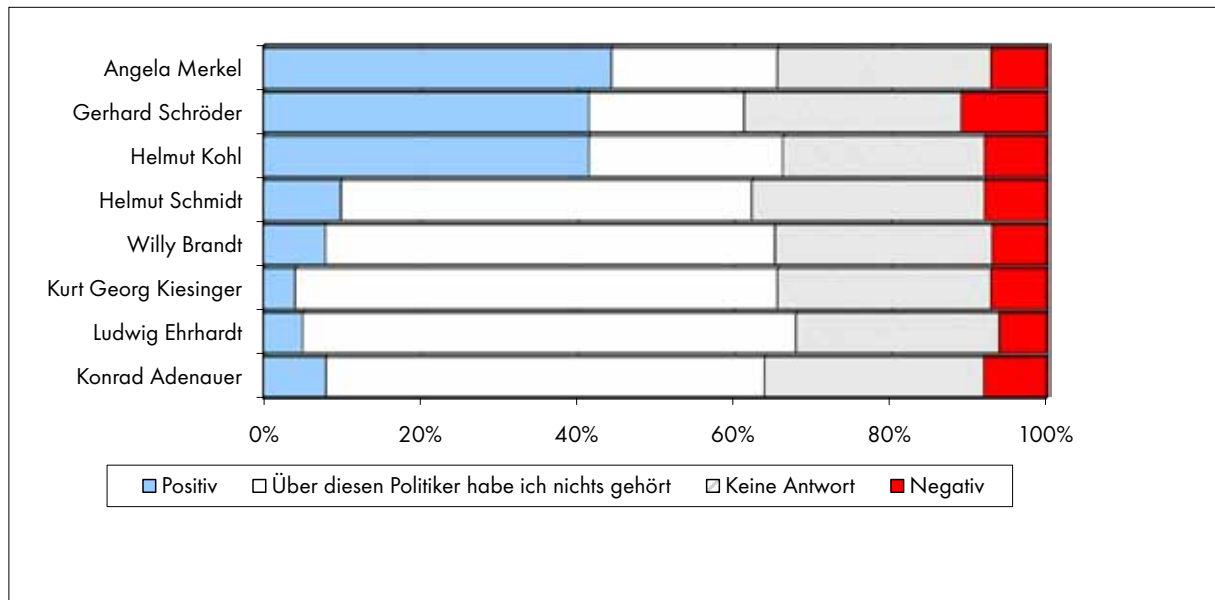


Quelle: repräsentative Umfrage des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herbst 2009.

**Aus welchen Motiven will Westeuropa mit Russland zusammenarbeiten?
(bis zu zwei Antworten)**

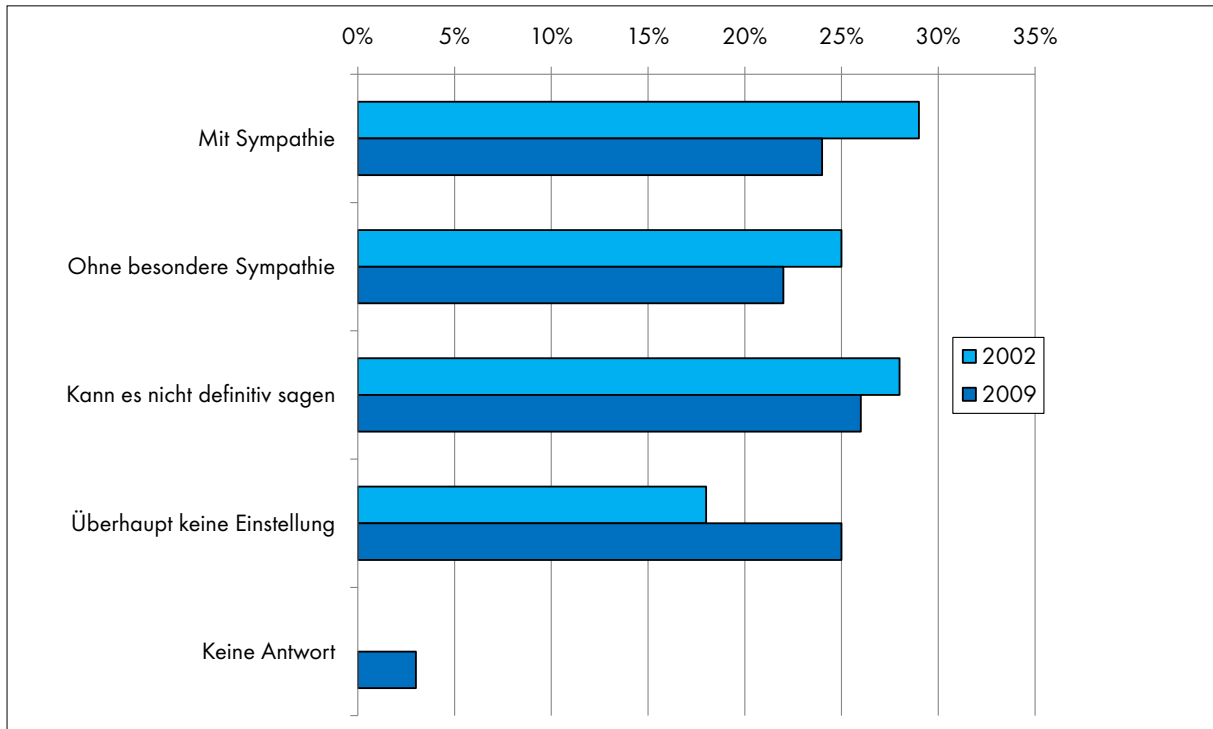


Wie bewerten Sie die deutschen Bundeskanzler der Nachkriegszeit?

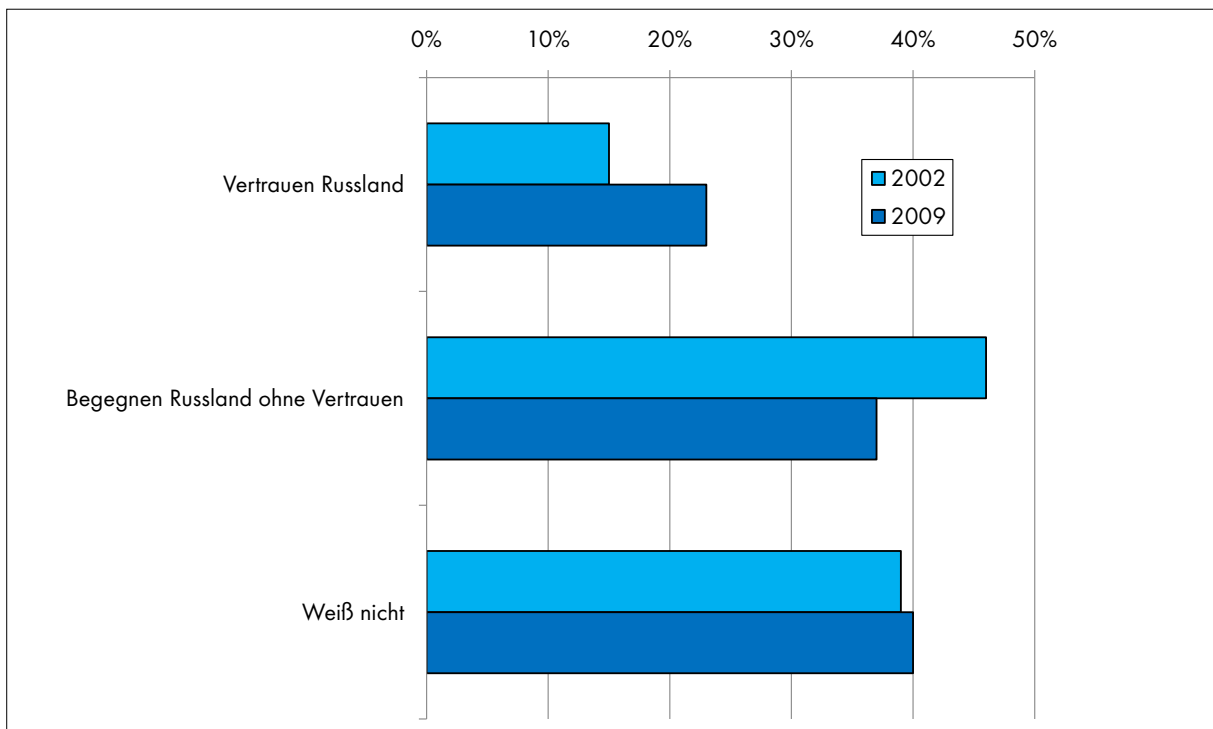


Quelle: repräsentative Umfrage des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herbst 2009.

Die Einstellung der Russen zu den Deutschen



Vertrauen der Deutschen zu Russland



Quelle: repräsentative Umfrage des Soziologischen Instituts der Russischen Akademie der Wissenschaften, Herbst 2009.

Chronik

Vom 27. Januar bis zum 12. Februar 2010

27.1.2010	Der russische Außenminister Sergej Lawrow nimmt an der internationalen Afghanistan-Konferenz in London teil.
28.1.2010	Präsident Dmitrij Medwedew spricht vor dem erweiterten Führungskollegium des Inlandsgeheimdienstes FSB. Die Garantie von Wirtschaftssicherheit stellt er als eine wichtige Aufgabe heraus.
28.1.2010	Der russische Waffenexportkonzern Rosoboroneksport teilt mit, dass die Rüstungsexporte 2009 mit 7,4 Mrd. US\$ die Exporte 2008 um 10 % übertroffen haben.
29.1.2010	Vor den Kurilen feuert ein Hubschrauber der russischen Grenztruppen auf zwei japanische Fischerboote. Personen kommen nicht zu Schaden.
30.1.2010	In Kaliningrad demonstrieren 10–12.000 Personen gegen die Anhebung der Wohnkosten und der Preise für kommunale Dienstleistungen.
30.1.2010	In Moskau tagt der 1. Kongress der Arbeitskräfte russischer Unternehmen, einberufen von der KPRF. Der Kongress wirft der Regierung Unfähigkeit bei der Krisenbewältigung vor.
30.1.2010	In Nasran wird Ruslan Dobrejew nachts von Unbekannten auf der Straße erschossen. Dobrejew ist der Schwager des Menschenrechtsaktivisten Makscharip Auschew, der im Herbst 2009 erschossen worden war.
31.1.2010	In Moskau findet die monatliche Demonstration zur Verteidigung des Verfassungsartikels 31 (Versammlungsfreiheit) statt. 25 Personen werden von der Polizei festgenommen.
1.2.2010	Sergej Mironow, Sprecher des Föderationsrates und Vorsitzender der Partei »Gerechtes Russland«, kritisiert im Fernsehen den Staatshaushalt 2010 und die darin vorgesehenen Antikrisenmaßnahmen. Er unterstreicht, dass es nicht mehr zutrefte, dass er und seine Partei, Putin in allen Punkten unterstützten. Auf diese Äußerung reagieren Sprecher von »Einiges Russland« in den folgenden Tagen mit heftigen Angriffen und Rücktrittsforderungen.
1.2.2010	Die Hackerattacken auf die Website der »Nowaja gaseta« dauern an. Die Zeitung weicht auf das Livejournal aus und ist unter http://novayagazeta.livejournal.com/ erreichbar.
2.2.2010	An der Straße zwischen Botlich und Muni (Dagestan) kommt es im Rahmen einer Spezialoperation zu einem Feuergefecht, in dessen Verlauf zwei Untergrundkämpfer getötet und ein Polizist so schwer verletzt wird, dass er an den Wunden stirbt. Einer der getöteten Untergrundkämpfer wird als der Ägypter Mochmad Mochamad Shachban, auch bekannt als Seyf Islam, identifiziert. Er gilt als der Organisator des Al Quaida-Netzwerks im Nordkaukasus.
2.2.2010	Bei einem Anschlag auf einen Vorortzug in St. Petersburg wird ein Lokführer verletzt. Am 6.2.2010 werden zwei junge Männer mit Verbindungen zur rechtsradikalen Szene in Russland verhaftet, die verdächtigt werden, den Anschlag ausgeführt zu haben.
3.2.2010	Präsident Dmitrij Medwedew weist das Außenministerium an, zwei neue Organisationen zu gründen: die »Stiftung zur Unterstützung öffentlicher Politik« und den »Rat für internationale Angelegenheiten«. Ihre Aufgabe soll es sein, das Image Russlands im Ausland zu verbessern.
4.2.2010	Ramsan Kadyrow, der Präsident von Tschetschenien, teilt mit, dass im Laufe einer mehrtägigen Spezialoperation im Argun-Tal (Tschetschenien) sechs Untergrundkämpfer getötet wurden.
4.2.2010	Präsident Dmitrij Medwedew weist die Generalstaatsanwaltschaft an, den Abriss der Häuser in der Moskauer Siedlung »Retschnik« rechtlich zu überprüfen.
5.2.2010	Im Verlaufe der Spezialoperation im Urus-Martanowskij-Bezirk (Tschetschenien) gerät eine Einheit der Truppen des russischen Innenministeriums in einen Hinterhalt. Fünf Soldaten werden getötet, sechs verwundet.
5.2.2010	In Iserbasch (Dagestan) wird der Leiter der Abteilung für Extremismusbekämpfung, Gapis Isajew, durch eine Bombe getötet.
5.2.2010	Präsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet die neue russische Militärdoktrin und setzt sie damit in Kraft.
5.2.2010	Der Wagen von Achmed Magomedow, dem Leiter der Inneren Verwaltung in Machatschkala (Dagestan) wird von zwei Fahrzeugen abgedrängt und beschossen. Der Fahrer und zwei Leibwächter werden getötet, Magomedow so schwer verletzt, dass er im Krankenhaus stirbt.
5.–6.2.2010	Der Stellvertretende Ministerpräsident Sergej Iwanow und Außenminister Sergej Lawrow nehmen an der Münchener Sicherheitskonferenz teil. Lawrow äußert sich kritisch über amerikanische Pläne, in Rumänien Elemente eines Raketenabwehrsystems zu stationieren.

7.2.2010	Präsident Dmitrij Medwedew nominiert für vier Föderationssubjekte neue Gouverneure bzw. Präsidenten: Magomedalam Magomedow, bisher Abgeordneter des dagestanischen Parlaments, als Präsidenten der Republik Dagestan; Lew Kusnezow, Generaldirektor der Aktiengesellschaft »Kolmar«, als Gouverneur des Bezirkes Krasnojarsk; den Bürgermeister von Birobidshan, Alexander Winnikow, als Oberhaupt der Verwaltung im Jüdischen Autonomen Gebiet; Natalja Komarowa, die Vorsitzender des Dumausschusses für Naturschätze und Ökologie, als Oberhaupt des Autonomen Bezirks der Chanten und Mansen. Die Nominierten wurden aus eine Liste ausgewählt, die von den Regionalparlamenten vorgelegt wurden und müssen nun von diesen bestätigt werden.
8.2.2010	Die Parteien »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland« vereinbaren, zur Lösung der wichtigsten Probleme des Landes zusammenzuarbeiten. »Gerechtes Russland« sagt zu, den strategischen Kurs von Präsident und Ministerpräsident zu unterstützen, und »Einiges Russland« unterstützt Sergej Mironow, den Vorsitzenden von »Gerechtes Russland« in seinem Amt als Sprecher des Föderationsrates. Zwischen den beiden Parteien war es nach kritischen Äußerungen Mironows zur Regierungspolitik zu Spannungen gekommen.
8.2.2010	Das Oberste Gericht der Russischen Föderation verbietet die Organisation »Imarat Kawkasa« (»Kaukasisches Emirat«) von Doku Umarow, die angeblich die Loslösung des Nordkaukasus von Russland betreibt.
9.2.2010	Das französische Außenministerium teilt mit, dass die französische Regierung gegenüber der Lieferung eines Hubschrauberträgers, der für Landungseinsätze benutzt werden kann, an Russland grundsätzlich positiv eingestellt sei; am Vortag hatte das französische Verteidigungsministerium erklärt, dass Russland Interesse an insgesamt vier Schiffen dieses Typs zeigt.
9.2.2010	Die Wahlkommission des Gebietes Swerdlowsk lässt die Partei »Jabloko« nicht zu den Wahlen der Gebietsduma am 14.03.2010 zu, indem sie 56,6 % der fast 29.000 Unterschriften, die die Partei zur Beteiligung an den Wahlen gesammelt hatte, aufgrund von graphologischen Gutachten und Vergleichen von Passdaten für ungültig erklärt. Damit kann die Partei in keiner der drei Regionen antreten, in denen sie sich an den Regionalwahlen beteiligen wollte. Der Vorsitzende von »Jabloko«, Sergej Mitrochin, erklärt die Entscheidung der Kommission damit, dass sie auf »politische Bestellung« geschehen sei.
9.2.2010	Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew, erklärt, dass Russland die Ausdehnung der NATO nach Osteuropa als ernste Bedrohung sehe.
12.2.2010	Der russische Außenminister Sergej Lawrow beginnt einen zweitägigen Besuch in Kuba.
12.2.2010	Die finnische Umweltbehörde gibt die letzte Genehmigung für den Bau der Nord Stream-Gaspipeline, die von Vyborg nach Greifswald unter der Ostsee führen soll.
11–12.2.2010	In Inguschetien werden im Sunshenskij-Rayon bei einer Spezialoperation 20 Freischärler getötet, die zur Gruppierung von Doku Umarow gehören sollen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heika Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de